

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 61 (1927)

308 (12.11.1927)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-747517](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-747517)

Die „Nachrichten“ erscheinen
täglich, auch an den Sonntagen.
Man bestelle bei allen Post-
anstalten, in Oldenburg in der
Geschäftsstelle, Postfach 22,
zu einem Preis ohne Ver-
sendung für den Monat November
2,25 Goldmark.

Preisveränderung: Schriftst.
Nr. 190, Geschäfts-Nr. 46 u. 47
Schrift. Old. Spate & Weltweit.
Postfach: Hannover 22 381.

Nachrichten für Stadt und Land.

Zeitschrift für oldenburgische Gemeinde- und Landes-Interessen.

Nr. 308

Oldenburg, Sonnabend, den 12. November 1927

61. Jahrgang

Der deutsche Ministerbesuch in Wien.

Berlin, 11. November. (Sig. Melbg.)

(Von unserem Berliner Korrespondenten.)

Reichsminister Dr. Marx und Reichsaussenminister Dr. Stresemann begeben sich bekanntlich am Sonntag zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Wien. Der Besuch erfolgt seit mehreren Tagen, und die deutschen Minister werden Gelegenheit nehmen, sich mit allen führenden Persönlichkeiten des österreichischen Volkes bei verschiedenen Anlässen in unmittelbare Fühlung zu setzen. Das soll nach dem Wunsch der beiden Minister nicht als Visite aufgefaßt werden, wozu die Öffentlichkeit bei solchen Ministerbesuchen allzu leicht bereit ist. Es schweben im gegenwärtigen Augenblick zwischen Deutschland und Österreich-Estereich eine ganze Reihe von lebenswichtigen Fragen, die über die bestehenden Friedensverträge hinaus in sich selbst den Zwang zu einer beiderseitigen betriebligen Lösung bergen. Es sei an die Strafrechtsreform erinnert. Weiter bildet auch die Schulgesetzgebung ein Thema, das für eine gemeinschaftliche Betrachtung unbedingt geeignet sein dürfte.

Die französische Presse ist stets sehr scharfsinnig und hat selbstverständlich bereits seit einigen Wochen, seit zum ersten Male der Gedanke an einen deutschen Staatsbesuch in Österreich-Gestalt angenommen, sich regelmäßig mit dem Verhältnis der beiden Staaten zueinander befaßt. In diesen Besprechungen wird jede in Deutschland oder Österreich gemeinsam angeführte Frage als ein Versuch gewertet, die Friedensverträge zu durchbrechen oder doch wenigstens zu untergraben. So finden zum Beispiel die Berichte über die deutsch-österreichischen Verhandlungen über Angelegenheiten der Strafrechtsbestimmungen sehr regen Beginn in den Spalten der französischen Wälder eine außerordentliche Kritik. Ausserungen österreichischer Persönlichkeiten über die Entwicklung

der Schulgesetzgebung in Deutschland werden prompt bezeichnet und mit dem Satz geschlossen, daß man in Deutschland und Österreich systematisch auf den Anschluß hinarbeite, als ob er schon unmittelbar bevorstünde. Die französischen, daneben aber auch die italienischen Wälder, werden sich in der nächsten Woche freuen, jede Niederwerfung Stresemanns oder des Reichsaussenministers gewissenhaft zu registrieren, die sich mit den Beziehungen Deutschlands zu Österreich bezieht.

Es kann nicht schaden, den voraussetzlichen Schlussfolgerungen der genannten Presse dadurch zuvorkommen, indem man noch einmal den amtlichen Standpunkt des Reiches in der Anschlußfrage kurz klärt.

Die Deutschland den Friedensvertrag von Versailles bestimmungsgemäß achtet und durchführt, trotzdem sich aber nicht verweigert, auf die Schwächen dieses Vertrags hinzuweisen, so ist bestimmt zu sagen, daß auch die anderen Verträge geändert und keine Verträge unterworfen werden, um die Lösung selbst zu verleben oder einen anderen Staat zu einer solchen Verletzung zu veranlassen. Es weiß heute im gesamten Ausland jeder einsichtige Mensch, daß die Anschlußfrage auf die Dauer nicht verhindert werden kann. Wenn auf kulturellem Gebiet ungewöhnliche Grenzbeziehungen nicht anerkannt werden, so hat zu einer solchen Angelegenheit jeder der beiden Staaten das volle Recht, gerade so als ob es sich um Handels- oder andere Abkommen handelte.

Unter diesem Gesichtspunkt wird sich der Staatsbesuch in der kommenden Woche vollziehen, in diesem Sinne wird die Fühlungnahme mit den verschiedenen Ressorts des befreundeten Landes, dem Unterrichts- und dem Justizministerium u. a. vor sich gehen.

Reichsjustizminister Hergt über Locarno und Ostloccarno.

Berlin, 12. November.

Nach einer Mitteilung der Morgenblätter aus Mailand sprach dort am Freitag der Reichsjustizminister Dr. Hergt auf einer Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei. Der Minister führte u. a. aus:

Wenn die innerpolitische Einstellung der Deutschnationalen zur Frage der Staatsform zur Distinktion ihrer außenpolitischen Haltung ausgenutzt werde, so beweise dies nur, daß in letzter Beziehung sachliche Vorurteile überhand genommen werden können. Bezüglich der Möglichkeit ihrer Einstellung zur Außenpolitik könnten die Deutschnationalen nur immer wieder feststellen, daß ihre pessimistische Auffassung über die entscheidenden Verhandlungen der letzten Jahre durch die unglückliche Entwicklung der Dinge in evidenten Weise bestätigt werde. Dies gelte von dem Locarno-Vertrag, denn die große Enttäuschung über die ausgebliebenen Rückwirkungen, und namentlich über die auch heute keineswegs erledigte Frage, sei in Deutschland allgemein, und namentlich die deutsche Einheitsfront der außenpolitischen Meinung herbeigeführt habe. Dies gelte auch von dem sogenannten Ostloccarno, bezüglich dessen durch den Vorstoß Polens auf der letzten Genfer Tagung sei, was auch hier zu einer engeren Fühlung der deutschen Abwehr geführt habe. Wichtig seien auch die Erfahrungen mit der deutschen Kriegs- und Grenzschutzbfrage.

Die gescheiterte Direktoriumsorganisation im Memelgebiet.

Berlin, 12. November.

Wie die Morgenblätter aus Memel melden, wurde in der Nacht zum Freitag eine Sitzung des Direktoriums für das Memel-Gebiet befaßt. An der Sitzung wurde von dem Vorsitzenden der memelländischen Mehrheitsparteien eine längere Erklärung verlesen, in der darauf hingewiesen wird, die bisherigen Verhandlungen über die Ernennung eines Präsidiums des Direktoriums hätten ergeben, daß der Gouverneur auf die grundlegenden Bedingungen der Mehrheitsparteien nicht eingehen wollte. Als die beiden Beauftragten der beiden Mehrheitsparteien dem Gouverneur mitteilten, die beiden Mehrheitsparteien hätten es für erforderlich, daß der Landtag angeordnet Schritte unternehme, damit durch eine Entsendung des Reichsrates ein dem Staat und den Germanen des Ministerpräsidenten Wolde maras vor dem Reichsrat am 15. Juni 1927 existierendes Verhältnis im Memelgebiet herbeigeführt werde, erklärte der Gouverneur, die Memelländer hätten kein Recht, sich in Genf zu beschweren. Welche Strafverfügung gegen eine solche Beschwerde zur Anwendung gelangen dürften, darüber könne er eine Auskunft nicht geben. Zur weiteren Ausführung dieser Angelegenheit wird von den Mehrheitsparteien eine Sitzung am Sonnabend anberaumt.

Forderungen der Volkspartei.

Berlin, 11. November.

Der Parteivorstand und der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei haben in ihren Sitzungen vom 10. und 11. November nach Entgegennahme der Berichte der Minister Dr. Stresemann und Dr. Curtius zur gegenwärtigen, insbesondere durch den Meinungsaustrausch des Reparationsagenten mit der Reichsregierung beeinflussten Lage folgende Entschlüsse gefaßt:

„Ein Einpruch des Reparationsagenten gegen die zurzeit von der Reichsregierung vorgelegten großen Gesetze mit finanzieller Auswirkung, insbesondere die Vorforschung und das Entschädigungsgesetz, liegt nicht vor; seine Berechtigung könnte auch in Zukunft nicht anerkannt werden. Die Deutsche Volkspartei hält daran fest, daß die beiden genannten Vorlagen, auf deren Erledigung sie seit langer Zeit gedrängt hat, schleunigst zu verabschieden sind. Dagegen verlangt sie mit gleichem Nachdruck die Finanzreform einer durchgreifenden Verwaltungsreform, die unter Umständen auch vor einer Milderung der Verfassung, soweit das Verhältnis des Reiches zu den Ländern in Frage kommt, nicht halt machen darf. Das deutsche Volk hat einen berechtigten Anspruch auf die Durchführung größerer Sparmaßnahmen auf der öffentlichen Verwaltung, insbesondere in einem Augenblick, in dem erneut große Lasten auf den Haushalt übernommen werden müssen, die letzten Endes der Steuerzahler zu tragen hat.“

Die Wirtschaft Deutschlands bedarf darüber hinaus dringend der Milderung der auf ihr ruhenden Lasten. Die Haushaltsabgrenzung des Reiches muß auch auf dem Gebiet der sachlichen Ausgaben so gestaltet werden, daß der künftige Reichshaushalt nicht nur ohne Steuererhöhung ausgedehnt, sondern daß auch die insbesondere im Interesse des Mittelstandes so notwendige Entlastung der Reallohnern tatsächlich durchgeführt werden kann. Arbeitgeber und Arbeitnehmer leiden gleichermaßen unter der Erhöhung der sozialen Lasten, denen trotz mehrfacher früher Bemühungen der Deutschen Volkspartei noch immer nicht entsprechende Leistungen gegenüberstehen. Hier muß durch Beseitigung bürokratischer Leerläufe einer auch hier vorhandenen Überorganisation Abhilfe geschaffen werden.

Zur Erreichung dieser Ziele müssen Reichsregierung und Reichstag zusammenwirken; es wird ein Weg zu suchen sein, der geeignet ist, die hemmungslose Bewilligung von Mehrausgaben durch das Parlament einzuschränken. Die Nachwirkung von Krieg und Inflation haben in erster Linie dem Reich die Verantwortung für die öffentliche Finanzabgrenzung auferlegt. Eine Einwirkung des Reiches auf Länder und Gemeinden im Sinne parlamentarischer Haushaltsführung ist deshalb unbedingt notwendig. In erster Linie gehört hierzu eine starke Einschränkung der Autonomie, die nur unter Kontrolle des Reiches in Zukunft möglich sein darf. Der Parteivorstand und der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei, im Reichstag mit den übrigen Parteien der Regierungskoalition für beschleunigte Durchführung dieser Maßnahmen einzutreten.“

Einzelpreis 10 Pfg.

Anzeigen aus Oldenburg
kosten die Zeile 25 Pfg., aus-
wärtige 35 Pfg. Familien-
anzeigen 20 Pfg., Restante-
anzeigen 1,50 Goldmark.

Bei Betriebsstörungen, Streik usw.
hat der Verleger keinerlei An-
spruch auf d. Herausgabe d. Ab-
o. Nachzahl. d. Bezugspreises.

Die Befolungsreform.

Die Befolungsfrage. — Noch keine Einigung.

Berlin, 11. November.

Der Haushaltsauschuß hat heute das eigentliche Befolungsgesetz, das in 41 Paragraphen die allgemeinen Bestimmungen enthält, in erster Lesung erledigt, wobei jedoch zu beachten ist, daß mehrere wichtige Paragraphen für die zweite Lesung zurückgestellt wurden. Es handelt sich bei diesen zurückgestellten Paragraphen, über die keine Einigung erzielt werden konnte, um die Frage der Amtsbeziehungen und um den finanziell wichtigsten § 39a, der auf einstimmigen Beschluß des Reichsrats in die Befolungsvorlage hineingeflossen ist und der die Abbedingung der durch die Befolungsvorlage entfallenden Mehrausgaben der Länder und Gemeinden betrifft. Dieser Paragraph will den vom Reich an die Länder und Gemeinden zu leistenden Ueberweisungsanteil von dem Auskommen an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer auf 80 v. H. erhöhen. Bekanntlich hatte die Reichsregierung sich diesem Beschluß des Reichsrats nicht angeschlossen und dem Reichstag eine besondere Vorlage zugehen lassen. Ueber diese Frage konnte unter den Parteien noch keine Einigung erzielt werden, da die Reichsregierung nach wie vor einer Erhöhung der Länderanteile auf 80 Prozent härtesten Widerstand entgegensetzt. Der Auschuß hat sich daher heute nach einer längeren, teilweise recht hitzigen Geschäftsordnungsdebatte dahin entschlossen, zunächst die einzelnen Geschäftsätze zu beraten. Inzwischen soll versucht werden, unter den Parteien und mit der Regierung eine Einigung über die strittigen Fragen zu erzielen.

Aus den Einzelberatungen ist noch hervorzuheben, daß Ministerialdirektor Dr. Lohholz zu den monatlichen Vorauszahlungen an die Beamten erklärte, die gegenwärtige Finanzlage zwingt zur Zurückhaltung. Um ein höherwertiges Recht handelt es sich nicht, da die Vierteljahrszahlung geleistet abgelehnt worden sei.

Nach weiterer Ausdebatte wurde die Monatszahlung und die Ermächtigung des Finanzministers genehmigt.

Der Reichsminister, Budgetminister und Hinterbliebenenbezüge wurde zurückgestellt. Bei den Schlussparagrafen wurde entsprechend einem Antrag der Regierungsparteien die Bestimmung getroffen, daß in gewissen Fällen zuviel erhobene Dienstbezüge, Wartegebühren, Ruhegebühren und Hinterbliebenenbezüge zurückzahlen sind. Der Auschuß vertagte sich dann auf Sonnabend.

Der Deutsche Städtetag zum Reichsschulgesetz.

Berlin, 11. November.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat an den Bildungsausschuß des Reichstages eine Eingabe geschickt, in der er sich eingehend mit den finanziellen Auswirkungen des Reichsschulgesetzes befaßt. Der Deutsche Städtetag stellt fest, daß er ebenso wie die Länder die Forderung erheben müsse, daß die Kosten, die aus der Durchführung des Reichsschulgesetzes entstehen, den Schulträgern vom Reich ersetzt werden müssen. Dieses Verlangen gründe sich auf die eindeutige Bestimmung im § 54 des Reichsfinanzausgleichsgesetzes, wonach das Reich den Ländern oder Gemeinden neue oder wesentlich erweiterte Aufgaben nur zuweisen dürfe, wenn es gleichzeitig für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel Sorge trage. Das sei beim Reichsschulgesetz unzweifelhaft der Fall, da das Reich seinerseits in Ausführung des Artikels 146 der Reichsverfassung eine Umgestaltung der Volksschul-Organisation herbeiführe. Es sei nicht angängig, die vermehrten Ausgaben den im Reichsschulgesetz vorgesehenen Antragstellern, auf Grund deren Antrag neue Schulen eingerichtet werden sollten, aufzuerlegen.

Die Befragung der Gemeinden mit Volksschulausgaben habe bisher ein Ausmaß erreicht, das von den Gemeinden als untragbar empfunden werden müsse. Der Deutsche Städtetag müsse seine Forderung auf Kostenverteilung durch das Reich daher in vollem Umfang aufrechterhalten.

Vor sensationellen Verhaftungen im Pariser Fälscherhandal.

Der Skandal der Fälschung der ungarischen Wertpapiere zieht immer weitere Kreise. Die Abendpresse kündigt das Vorhaben von sensationellen Verhaftungen an. Bei der Freigabe des verhafteten Simon Zubini, einer Person namens Zvidia Raquin, wurde eine Sensation hervorgerufen, die wertvolles Material ergeben haben soll. Eine weitere Hausdurchsuchung unternahm die Polizei bei einem Polen namens Zundelwitz, einem Doktor der Medizin, der seit längerer Zeit der Privatier Simon Zubini in der Pariser Polizei gewinnt immer mehr den Eindruck, daß als Hauptverdächtiger Simon Zubini zu betrachten ist. Die Befragung der großen Quantitäten von ungarischen Wertpapieren nach Frankreich ist nach Auffassung der Polizei im Zuge der Ermittlung. Trotz des Dementis der ungarischen Gesandtschaft über die in einer Berliner Zeitung verbreitete Nachricht, daß das ungarische Mitglied der gemeinsamen österreichisch-ungarischen Schulbankrott, Fälscher, in den Skandal verwickelt wäre, hält „La Presse“ diese Verbreitung aufrecht. Die polizeiliche Untersuchung über die Verwicklung des Fälschers ist jedoch noch nicht beendet.

Hierzu 3 Beilagen

Das Reichsschulgesetz vor dem Bildungsausschuß.

Berlin, 11. November.

Der Bildungsausschuß des Reichstages setzte heute die Erörterungen über die Gemeinschaftsschule fort. Annahme fand ein Antrag auf Befristung der Redezeit. Danach soll der erste Redner jeder Fraktion 20 Minuten, bei den wichtigsten Rednern 30 Minuten Redezeit haben, die weiteren Redner je 10 Minuten.

Reichsminister v. Schulz vor dem Bildungsausschuß.

Im weiteren Verlauf nahm Reichsminister v. Schulz teil zu der Frage des inneren Gehaltes der Gemeinschaftsschule Stellung und erklärte, daß die Gemeinschaftsschule sich nicht durch die Tatsache, daß in ihr Religionsunterricht erteilt wird, von der weltlichen Schule unterscheiden dürfe. Ein bloß angehängter Religionsunterricht wäre durchaus unpädagogisch. Andererseits wäre es vom verfassungsmäßigen Standpunkt aus sehr bedenklich, der Gemeinschaftsschule einen noch stärker betonten christlichen Charakter programmatisch zu geben.

Dr. Kuntze über das Reichsschulgesetz.

In einer vom Ortsverein Kiel der Deutschen Volkspartei und der Hochschulgemeinschaft Kiel der Partei einberufenen Versammlung sprach Geheimrat Dr. Kuntze über das Reichsschulgesetz. Er führte aus, daß es sich bei diesem Gesetz um ein Ringen um die kulturelle Gestaltung des neuen Deutschlands handele. Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen setzte er sich warm für die christliche Gemeinschaftsschule ein. Diese Schule, die sich immer bewährt habe, sei die deutsche Erziehungsschule. Schicksalshoffen wolle keine alte Schule behalten, die sich auf der alten schicksalshoffen Kultur aufbaue. Die Deutsche Volkspartei sei sich mit der preußischen und schicksalshoffen Landesbesitzes darüber einig, daß die Kirche kein Aufwuchsrecht über die Schule haben dürfe. Wohl aber sollten Kirche und Schule zusammenarbeiten.

Der umstrittene § 3 des Schulgesetzentwurfes.

Berlin, 11. November.

Die heute im Bildungsausschuß des Reichstages angenommenen beiden ersten Absätze des § 3 des Reichsschulgesetzentwurfes haben folgenden Wortlaut:

„Die Gemeinschaftsschule steht grundsätzlich allen Volksschulkindern offen. Sie erfüllt die Unterrichts- und Erziehungsaufgaben der deutschen Volksschule auf religiös-fürlicher Grundlage ohne Rücksicht auf die Besonderheiten einzelner Bekenntnisse und Weltanschauungen. Die aus dem Christentum erwachsenen Werte der deutschen Volksschule sind im Unterricht und in der Erziehung lebendig zu machen.“

Der zweite Tag im Manoilescu-Prozeß.

Zuständigkeit des bulgarischen Kriegsgerichts.

Berlin, 12. November.

Wie die Morgenblätter aus Sofia berichten, war auch der zweite Verhandlungstag im Manoilescu-Prozeß mit Einwänden der Verteidigung gegen die Zuständigkeit des Kriegsgerichts ausgefüllt. Der frühere Ministerpräsident, General Weresch, erklärte, daß er die Verteidigung Manoilescus übernommen habe, weil ihn mit diesem Bande persönlicher Freundschaft verknüpft. Die Verhaftung Manoilescus bezeichnete Weresch als ungerecht und ungerecht. Es könne keine Rede davon sein, daß Manoilescu eine strafbare Handlung begangen habe. Er sei auch gar nicht an der Grenzstation unmittelbar nach der Beschlagnahme der bei der Leibesvisitation gefundenen vier Briefe des Prinzen Carol verhaftet worden, sondern erst in

der 800 Kilometer von der Grenze entfernten Station Zemes. Die Regierung habe sich zehn Stunden lang überlegt, ob sie zur Verhaftung schreiten solle. Man hätte Manoilescu entweder an der Grenze, als man ihn jenseits auf frischer Tat ertappte, verhaften oder aber ihn laufen lassen sollen, keinesfalls sei aber das Kriegsgericht des zweiten Armeebezirks für die Durchführung des Prozesses zuständig,

denn die Station Zemes, wo Manoilescu verhaftet worden sei, gehöre bereits zur Korpskommandatur von Kronstadt. Auch die anderen Verteidiger schloßen sich den Ausführungen Wereschs an, doch beschloß das Gericht nach kurzer Beratung mit vier gegen eine Stimme, die Einwendungen gegen die Kompetenz des Gerichts abzulehnen und sich als zuständig zu erklären.

Neues vom Tage.

Eine weitere Verhaftung in der ungarischen Fälscherei.

Paris, 12. November.

(Drahtloser Eigenbericht.)

Die in der ungarischen Fälscherei betriebenen Nachforschungen führten gestern zur Verhaftung des bekannten Pariser Industriellen, des 48-jährigen Jean de Kallor. de Kallor, der Verwaltungsratsmitglied für industrielle und Handels-Erparnisse, mit dem Sitz in Paris, ist, was mehrfach an den Berühmten Blumenfelds beteiligt. — Gestern haben die französischen Untersuchungsbehörden zum ersten Male mit dem von der ungarischen Regierung nach Paris entfalteten Polizeieinsatz zur Fälschung gemeldet.

Wig Grafson kommt nach Berlin.

Paris, 12. November.

(Drahtloser Eigenbericht.)

Die amerikanische Fliegerei in Belgien. Wig Grafson, die bekanntlich dreimal die Überquerung des Atlantischen Ozeans versucht hat, traf gestern, von Gembour kommend, in Paris ein. Journalisten gegenüber erklärte sie, daß ihr Aufenthalt in Paris sehr kurz sein werde, da sie alsbald nach Berlin zu Konferenzen über die Vorbereitung eines Zugschlages reisen werde, den sie bei günstigen Umständen antreten wird. Zwischen dem 16. und 19. d. M. wird Wig Grafson wieder nach Amerika zurückkehren.

Schwere Sturmfluten bei Bordeaux.

Paris, 12. November.

(Drahtloser Eigenbericht.)

In der Gegend von Bordeaux hat ein Sturm von unerwarteter Heftigkeit außerordentlichen Schaden angerichtet. Im Hafen von Chaptou wurden zahlreiche Boote und Motorboote zerstört. Ein Dampfer wurde zerstört und wurde mit dem Warenverderben von den Fluten hinweggespült. Zahlreiche Schiffe werden als gesichert gemeldet.

Freigabe der von den Marokkanern entführten Kinder.

Paris, 12. November.

(Drahtloser Eigenbericht.)

Nach Meldungen aus Rabat wird General Freudenberg, dessen Verhandlungen über die Freigabe der verschleppten Mädchen Ernandas einen günstigen Ausgang genommen haben, sich heute zu dem Vize-Minister begeben, um ihm die Kinder innerhalb von drei Tagen zugeführt werden sollen.

Die Frage der Staatsvereinfachung in Bayern.

München, 11. November.

Zur Frage der Staatsvereinfachung in Bayern unternimmt heute der bayerische Bauern- und Mittelstandsbund einen überraschenden Vorstoß. Er protestiert dagegen, daß das bayerische Land allein unter das Operationsmesser der Staatsvereinfachung kommen soll, wenn bei den Zentralstellen alles beim alten bleibt. Der Bauernbund könne einem Abbau oder einer Zusammenlegung von Behörden nur zustimmen, wenn feststehe, daß die Nachteile für das Wirtschaftsleben nicht wesentlich größer seien, als die Vorteile der Vereinfachung. Die Errichtung des Landwirtschaftsministeriums werde der bayerische Bauern- und Mittelstandsbund mit allen Mitteln zu vertreten wissen. — Am Schluß der Aussprache wird angedeutet, daß der Bauernbund nicht im Wege stehe, wenn die Bayerische Volkspartei eine neue Koalition eingehe.

Um die Regelung der französisch-südamerikanischen Wirtschaftsbeziehungen.

Paris, 12. November.

(Drahtloser Eigenbericht.)

Dem „Reit Journal“ zufolge soll der südamerikanische Außenminister Marinkowitsch die Frage der französisch-südamerikanischen Handelsbeziehungen zu regeln. Die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder waren bisher durch eine Konvention aus dem Jahre 1907 geregelt, die von Frankreich im Juni 1925 gekündigt, seitdem aber stets förmlich verlängert wurde. — Die Unterzeichnung des Handelsvertrags ist erfolgt.

Weiteres Steigen von Redar, Main und Mosel.

Koblenz, 11. November.

Nach den heutigen Wasserstandsmeldungen sind die Nebenflüsse des Rheins weiter gestiegen. Der Redar, der in der vergangenen Nacht über einen Meter gestiegen war, ist innerhalb der letzten 24 Stunden um weitere 2,24 Meter gestiegen. Auch der Moselstand ist um nahezu zwei Meter weiter gestiegen. Der Wasserstand der Mosel, der gestern nachmittag 4,27 Meter betrug, steigt nämlich um drei bis vier Zentimeter. An zahlreichen Stellen ist die Mosel bereits über die Ufer getreten, so daß der Hochwasserstand erreicht wurde. Verschiedentlich mußte der Fährverkehr eingestellt werden.

Auch aus Baden, der Pfalz und Italien werden große Schäden gemeldet.

Ein Auto mit Reichswehrsoldaten verunglückt.

Schwern, 11. November.

In der Nähe der medienburgischen Stadt Gadebusch verunglückte ein mit 15 Reichswehrsoldaten besetzter Lastkraftwagen. Zur Geländebefahrung sollte eine Truppe der Schwerner Reichswehr nach dem Dorfe Waggendorf gebracht werden. Dem Fahrer des Kraftwagens gelang es nicht, einem größeren Stein, der wegen der Neuaufstellung der Chauffee vor ihm gelagert war, auszuweichen. Durch den Anstoß geriet der Wagen gegen einen Baum, so daß fast alle Insassen vom Wagen heruntergestoßen wurden. Durch den Anstoß wurde die Karosserie des Wagens abgerissen. Ein Reichswehrsoldat erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, ein anderer eine erhebliche Verwundung. Mehrere Soldaten erlitten leichtere Verletzungen. Die beiden Schwerverletzten wurden sofort ins Schwerner Lazarett befördert.

Der Kultusminister zum Galt Möller.

Berlin, 11. November.

Der preussische Kultusminister läßt folgende Nachricht verbreiten:

„Die erste Vernehmung des Professors Möller hat am Freitagvormittag stattgefunden und die Notwendigkeit weiterer Erhebungen ergeben. Die Entscheidung des Kultusministers dürfte erst in den nächsten Tagen zu erwarten sein.“

Die Nobelpreise.

Stockholm, 11. November.

Die schwedische Akademie der Wissenschaften hat heute beschlossen, den Nobelpreis für Physik für 1927 zwischen Professor Compton in Chicago und Dr. W. L. Bragg in Cambridge zu teilen. Der literarische Nobelpreis für 1927 der italienischen Schriftstellerin Grazia Deledda zu erteilen. Der Nobelpreis für 1927 wird reserviert. Damit bekommt den literarischen Nobelpreis zum zweiten Male eine Frau. Das erste Mal fiel er an Selma Lagerlof.

Franz Werfel.

Vereinigung für junge Kunst.

Ein sehr festlicher, sehr schöner Abend. Ein Dichter, der zu den Vereinten gehört, den ganz wenigen Erwählten in unserer Gegenwart, in der — eine tiefe Tragik der Zeit — auch die geistigen Führer immer verirrten, misleiteten Hoff und Beispiel und Vorbild verloren, sprach zu einer immerhin anscheinlich Gemeinde, die sich — das darf als besonders wohlwollend festgehalten werden — nicht aus Anhängern irgendeiner künstlerischen oder weltanschaulichen, geschweige denn gar politischen Richtung zusammenfügte. Es war vielmehr eine Veranstaltung — bestimmt allein vom Eindruck einer starken, aufregenden Rede, dem Leben — und zwar nicht nur dem irdischen! — mit tiefer Innigkeit zugelenkt, vom Bewußtsein einer heiligen Mission durchdrungenen Persönlichkeit. Eine andächtige Hörerschaft aus allen Lagern war, über Zweipfingstzeiten und Klüfte hinweg, die das Oldenburger Kunstleben in mancher Beziehung unheimlich trennen, zur Begrüßung dieses Dichters erschienen, der mit jeder Faser des Herzens, in seinem umfassenden Werk mit jeder Faser, die nie mit Tinte, sondern stets mit lebendigem Blut geschrieben wurde, ein wahrhaftiger Dichter ist.

Dieser, in Wort und Gestaltung unerhört reiche, kraftvolle Widner gehörte im Wandel vielfältiger Zeitströmungen keiner der zufälligen Normungen an, seinen der billigen Generalmänner moderner Zeiten vermag man auf ihn zu prägen; immer schritt er ganz eigene, dabei aber durchaus nicht in die Einseitigkeit eines selbstgefälligen Weltentums, das nur um sich selber weiß, abzuweiche Wege — sein Ziel war vielmehr vom hohen das Aufgehen in die große Menschheitsgemeinschaft, aus der dann oder auch Brücken in die Bereiche des Unmenschlichen, Uebermenschlichen fügen.

Bei aller, oft trassen Realität der Darstellung, die jedoch niemals naturalistischer Abfall, sondern stets besetzte Schilderung ist, bleibt die Schöpfung Werfels nicht in Aufklammerung an das Diesseitige haften; dahinter erhebt sich die Frage nach dem Woher und Wohin, weite Perspektiven tun sich auf in letzte, weite Aweide und Ziele. Dem Dasein in inniger Liebe verwurzelt, redt diese Poesie, die in der Zeit vielfach an Rainer Maria Rilkes Mystik erinnert, sich auf in höhere Sphären, wo das Unbegreifliche zum gläubig

empfangenen Ereignis wird. Überall ist es bei ihm ein Ziehen, das voller Sehnsucht strebt aus dem Ich in das Du, überall ein Ringen um die Schöpfung eines geheiligten Geistes. Ob er um dieses steht:

Komm, heiliger Geist, du schöpferisch!
Der Marmor unfertiger Form zerbrich!
Verbrich das Eis in unsern Jähren!
Komm, heiliger Geist, du schöpferisch!
Aus uns empor mit tausend Flügeln! ...
... ob er ringt:

O Herr, zerreiße mich!
Was soll dies dumpfe, klägliche Geniesen?
Ich bin nicht wert, daß Deine Wunden fließen.
Begnade mich mit Worten, Tisch um Tisch!
Ich will den Tod der ganzen Welt einlöschen! —

— — — allenthalten ist es ein vom Schmerz befiel, was Leben heißt, in lebensschaffender Anteilnahme ergriffenes, tief menschliches Mitempfinden, das aber nicht in weichlicher Passivität eines Selbstmitleids verharret, das die Welt doch nicht zu bessern vermag, sondern sehr aktiv die Besserung fordert.

In Oldenburg ist vor zwei Jahren seine dramatisierte Historie „Quarez und Maximilian“ im Landesheater bekannt geworden, und kurz zuvor erwarb sich die hiesige Cäcilien-Schule das schöne Verbleib, in einer Aufführung der SchülerInnen seine deutsche Bearbeitung der „Troerinnen“ des Euripides zu spielen. — Um eine Wiebergabe des „Spiegel-menschen“ auf unserer Bühne bin ich wiederholt, leider vergeblich, bemüht gewesen — zu einer Zeit, als unser damals noch ungleich größerer Schauspielensemble den außerordentlichen Anforderungen dieses Stückes, das die sein anderes der neueren Literatur die gesamte Problematik der Gegenwart aufrollt, genügen gewesen wäre. Heute wage ich eine diesbezügliche Bitte zum Vortragen. Doch mag der „Galt Werfel“ auch für die neue Tendenz der Berücksichtigung nachdrücklich empfohlen werden.

Der Dichter hat gestern das Schlußstück einer jüngst veröffentlichten Novelle „Der Tod des Kleinbürgers“ und fügte dann dieser Prosa noch einige Proben aus seiner Lyrik an — wunderbolz innig vor allem das Elternbild: Kinder gehen fort ... „Der Tod des Kleinbürgers“ — ein bürgerliches Selbstmordstück, man aber weit entfernt von der rein ironischen, oft verlegenden Fassung, die etwa Carl Sternheim dem von ihm verstorbenen Kleinbürgertyp

gegeben hat. Dafür nimmt Werfel es viel zu ernst selbst mit dem geringsten Leben, das — in all seiner Unschönheit — für ihn immer das Leben ist. In der Art seiner Charakterzeichnung, der in aller Realität fast unheimlich visionär gezeichneten Entwicklung der Geschehnisse zählt die Novelle zu den meisterrichtlichen Ergebnissen der jüngsten erzählenden Literatur.

Dazu ist Werfel ein, auch in der formvollendeten künstlerischen Vortragstechnik unübertrefflicher Interpret eigener Werte, dem es gelingt, den Vorgang in geradezu plastischer Anschaulichkeit erleben zu lassen. Der geborene Dramatiker bricht in dem Vortragenden derart heftig durch, daß — fern aller falsch überschwelligen, unecht pathetischen Theatralität — Einbrüche der inneren und äußeren Bewegung zustande kommen, die wir förmlich förmlich wahrzunehmen vermögen.

Ein sehr schöner, sehr festlicher Abend. Das Erlebnis der unmittelbaren Bekanntschaft mit einer seltenen Anbaugehörung von hohem Können und noch höherem Willen nahm man — gefesselt, ergriffen, hingekissen — mit heim.

A. Wi.

Der sächsische Staatspreis für die Aufführung des „Wozzeck“ in Prag. Der sächsische Kultusminister hat dem Oberhof des Prager Nationaltheaters Direktor Dr. Josef Staatspreis der Republik für die Aufführung der Oper „Wozzeck“ von Alban Berg verliehen. Diese Auszeichnung ist zugleich eine klare Abgabe an jene dramatischen Kreise, die förmlich gegen die Oper demonstrieren und ihre schließliche Abweisung vom Spielplan erzwingen haben.

Öffentlichen offiziellen Statistik ist die Zahl der Ehescheidungen in den Vereinigten Staaten im letzten Jahr sehr gestiegen, so daß jetzt immer auf sechs Ehescheidungen eine Ehescheidung kommt. Die Zahl der Ehescheidungen betrug 1.020.000 und die der Ehescheidungen 120.000. Die Ehescheidungen steigen im Vergleich zum Vorjahr um eine Zunahme um 1 Prozent, die Ehescheidungen eine Steigerung um 3 Prozent.

55 Prozent aller Goldbesitz in den Vereinigten Staaten. Der letzte Vorrat des amerikanischen Schatzamtes gibt den Goldvorrat in den Vereinigten Staaten mit 18 Milliarden Dollar an, das sind 55 Prozent aller Goldminen der Welt. Das Gold, das sich in der New Yorker Staatsbank befindet, wird mit 5 Milliarden Dollar angegeben.

Janet Mangus Over, „Nero und Affe“ ist vom Karlsruher Staatstheater angenommen worden und kommt noch in dieser Spielzeit zur Aufführung.

Georg Kaiser hat eine Komödie „Der Präsident“ vollendet.

Nachfolgerschaft
des Gewerbeoberschulrats Dr. Mehner.

In der Frage der Nachfolgerschaft des Gewerbeober-
schulrats Dr. Mehner ging dem Ministerium vom „Verein
der hauptamtlichen Lehrerschaft oldenburgischer Berufs- und
Fachschulen“ folgende Eingabe zu:

„Nachdem“ folgende Eingabe zu:
 „Der Landesoberste hauptamtlicher Lehrerschaft olden-
 burgischer Berufs- und Fachschulen ist durch das Ableben des
 Generaloberlehrers Dr. M e h n e r in bezug auf das Be-
 rufsschulwesen des Oldenburger Landes in hohem Maße be-
 reuert worden. Der Verein ist der Ansicht, daß alles versucht
 werden müsse, um den Verlust dieses hochverdienten Mannes
 so schnell und so gut wie nur irgend möglich zu ersetzen, und
 fordert deshalb:

1. eine sofortige Ausschreibung der Stelle eines hauptamtlichen ministeriellen Referenten und Gewerbeoberinspektors für das gesamte oldenburgische Verweis- und Fachschulwesen,

2. bis zur Renennung dieser Persönlichkeit, jedoch höchstens bis zum 1. Mai 1928, die Berufung des ersten Vereinsvorsitzenden als Berater in allen aktuellen Berufsschulangelegenheiten.

Begründung:

Zu 1. Das Berufs- und Geschäftswesen ist nach dem allgemeinen Urteil fährender Männer aus Wirtschaft und Schulen die wichtigste Schulmutter der Gegenwart. Es ist in erster Linie berufen, an der Wiederanpflanzung unserer Volkswirtschaft durch Erziehung eines allseitig tüchtigen, hochbegabtesten und fruchtbarstehenden Nachwuchses nach Kräften zu arbeiten und befindet sich jetzt in dem Anfangsstadium seines Entwicklungsganges, dessen Endziel in § 145 der Reichsverfassung festgelegt ist. Neben dem Ausbau in horizontaler Richtung ist für eine qualitative Ansehnlichkeit und für Aufbau nach oben unter Einbeziehung des Berechtigungswesens Sorge zu tragen. Hinfichtlich der Berufsschulung der Berufsschulen durch die Berufsschulräte stellen sich im Verlauf der letzten Jahre dadurch Schwierigkeiten ein, daß Elände sich weigern, Aufsichtspersonen freizugeben. Da jetzt auch die militärische Oberaufsicht fehlt, so liegt die Berufsschulaufsicht zurecht im argen. Eine Schulmutter ohne militärische Oberaufsicht ist aber auf die Dauer undenkbar. Eine andere Schulmutter, welche darum so wichtig ist, muß fähig sein, die besten, besten, besten zu führen, gefestigten Persönlichkeiten, die die Berufsschulen führen. Der Aufgabenkreis des oberbürgerlichen Gewerbe-Oberschulrats ist von gewaltigem Umfange und stellt die größten Anforderungen, zudem 25 Jahren gewohnt war, so ihrem fähigen in dieser Beziehung hinaufzuführen. Die oberbürgerliche Berufsschul-Lehrerschaft glaubt, daß als Nachfolger eines Gewerbe-Oberschulrats Dr. M e h n e r der beste Mann in deutschen Gauen an terra sei.

Am 2. u. 2. im während der Zeit bis zur endgültigen Lösung des Problems nicht ohne hochtündige Vertretung zu sein, fordert der Verein, daß sein erster Vorsitzender, Herr Direktor Diekmann, sein Amt niederlegen, um dem Verein die Möglichkeit zu geben, einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Der Verein ist in seiner Mehrheit bei seinem Vorsitzenden das denkbar größte Vertrauen und weiß, daß Herr Direktor Diekmann die geeignete Persönlichkeit ist, die er in allen schwebenden Fragen innerer und äußerer Verhältnisse genauso informiert ist. Falls außerdem für Spezialfragen der Handelskassen und der hauswirtschaftlichen Verwaltungen gelegentlich Vertreter dieser Einrichtungen hinzugezogen würden, dürfte diese Übergangsregelung als eine glückliche Lösung zu bezeichnen sein.

—f—

* **Conc-Vortrag** von Leonhardt. Obgleich eine Wiederholung und trotz verschiedener unterwiegiger gestriger Voraussetzungen war der Vortrag von Leonhardt doch sehr gut besucht, ein Beweis dafür, daß das Interesse für die darin erörterten Fragen der Wissenschaft und selbst für die jetzt lebenden Geistesgenossen in der wohlhabenden, maßvollen Aufklärung die zum Ende, zumal die Experimente — es fiel nur an die Beförderung einiger Stofwerke erinnern — ein glücklicheres Gelingen beschieden war, und so wurde die Wichtigkeit des Forschens Grundfeste, daß der Geist den Körper baut, aufs neue bestätigt. Möge diese Einsicht auch ferner mächtig vielen Lebenden zum Tragen gereichen!

* Mehr Licht. Der Stadtmagistrat hat angeordnet, daß die Abendlaternen in Zukunft erst um 12 Uhr nachts gelöscht werden.

* Folgende neue Straßennamen sind eingeführt worden:
für den „Roßweg“ von An den Börgern bis Bahnhof-
straße, „Rö 8“, für den „Gemeinschaftsweg“ von
Hauptstraße bis Spinnerei, „Saffardweg“, für den
„Grenzweg“ von Schmiedt's Chaussee bis Drögen-Hafen-
Bog, „Sdrö 9“, für den „Hafenweg“ in Beckhof, „Drö-
8“, den „Hafen Weg“, für den Verbindungsweg zwischen
Göppenburger Chaussee und Alter Hofweg an der Kasse-
der Stäbemannstraße, „W i n d m ü l l e n w e g“, für die an
der Westseite des Riffentals entlangführende neue Straße
zwischen der Liebesinsel, früher Schleusenstraße, und der
Hundsmühl's Brücke, „W e s t f a n n e n w e g“.

* **Formader.** In der Nacht auf Sonnabend sind zwei schwere eiserne Einfahrtstore von zusammen 3 Metern Breite vor dem Baumaterialienlager der Firma H. Griepentst., Prinzessinnenweg 6, aufgehängt und vermutlich verschleppt oder in die anliegende Haaren geworfen worden.

* Die 11. musikalische Feierstunde in der Lambertikirche findet heute abend 8.15 Uhr statt. Die Herren Konzertmeister Volkmar Fledern und Georg Knap werden ein Doppelkonzert für Violine und Oboe von Bach spielen.

Die Firma **Julius Swirz**, Saanenstrasse, seit kurzem bekanntlich Eigentümer des bisherigen Vorstandsmitgliedes der **W. H. G.**, **Hofrat H. S. Mann**, stellt in einer auflärenden Anzeige in heutiger Nummer die immer wieder austretenden irreführenden Gerichte über das Geschäft in der Saanenstrasse richtig.

* Der Gesangsverein „Teutonia“ feierte in seinem Vereinslokal „Deoon“ sein zweites Stiftungsfest. Der Saal war wie nicht anders zu erwarten voll besetzt. Der Verein brachte unter der guten Führung seines Dirigenten Ruffmeister a. D. W. K. e sämtliche Lieder besonders schön zu Gehör, ein Beweis, daß der Verein, der erst zwei Jahre alt ist, über gutes Stimmmaterial verfügt. Auch das Singspiel Eingebildeten wurde von sämtlichen Spielern auf vorzutragen.

nicht schätzten Spielern gut vordereiten. Die Monatsversammlung des Kameradschaftvereins Abends. Die Monatsversammlung wurde am 10. Dezember im Vereinslokal abgehalten, weil trotz des schlechten Wetters kein Besuch. Die Weihnachtsfeier findet am 30. Dezember im Jubiläumstanz und soll konzert, Tannentänze und Musik sein. Mit den Vorbereitungen hierzu wurde der Vergnügungsausschuß beauftragt. In diesem Winter, und zwar Anfang Januar, wird der Verein auch wieder eine Kofsfahrt, die seit ca. 15 Jahren nicht mehr stattfinden hat, abhalten. Das Komitee soll bei der Mutter Klüppel in Hantebauern stattfinden. Es wurde noch bemerkt, daß die Ortsgruppe des Reichsbundes des Verbandes der Rb. und Kb. im Deutschen Reichskriegerbund „Kriegerhäuser“ am 1. Dezember in den Abschlüssen für Winterurlaub am 1. Dezember in den Abschlüssen für Winterurlaub dieses Abends soll den künftigen Mitgliedern eine kleine Weihnachtsfeier bereiten helfen, und wollen die Mitglieder hieran denken und sich recht zahlreich beteiligen. Der unterhaltende Teil des Abends wurde durch schöne Musik, Vorträge und frohliche Lieder ausgefüllt.

Philosophische Gesellschaft.

Der zweite Vortrag der philosophischen Reihe findet laut Anzeige am Donnerstag statt. Über das Thema „Die Gegenwart als Krise in der Dichtung der Gegenwart“ spricht Universitätsprofessor vom d. Gegenw. aus Köln, ein gebürtiger Bremer. Der Vortragende ist Herausgeber einer Sammlung deutscher Volksjagen, hat außerdem im Verlag von Quelle und Meyer in Leipzig eine schon in 3. Auflage vorliegende Schrift über das Märchen erscheinen lassen. Als erfahrener Führer durch die mannigfachen Erörterungen der Gegenwartsdichtung zeigte sich der Leben in seinem Buch „Deutsche Dichtung in unserer Zeit“ (zweite erweiterte Auflage 1927). Er findet in der Dichtung unserer Tage eine Wiederkehr der Romantik in allen ihren Schwächen und Vorzügen und bezeichnet als eine der wesentlichen Aufgaben der Dichtung der Zukunft die Verbindung von echter Romantik mit echtem Realismus. Soffentlich findet die Veranstaltung den Besuch, den der Vortragende und der Vortrag verdient.

* Das Zwischengahn, 11. Nov. Aus der hiesigen Kirche wurde kürzlich eine Sammelbüchse der Inneren Mission entwendet. Eine größere Geldsumme kann dem Diebstahlsweise nicht in die Hände gefallen sein, da sämtliche Büchsen, die in der Kirche aufgestellt sind, wöchentlich geleert werden. Es ist in den letzten Jahren öfter schon mehrere Male vorgekommen, daß man sich an den Sammelbüchsen vergreift hat. Vermuthlich handelt es sich in diesen Fällen um denselben Täter.

Das Zwifchenmahl, 11. Nov. Der Zwifchenmahl-Turnverein bereitet feine am kommenden Sonntag ftattfindende Stifftungsfeier vor, in deffen Mittelpunkt die Auf- führung des vaterländifchen Feftfpiels „Lieber tot als Elend“ in 8 Bildern fteht. Dem Fefthabend in Webers Hotel geht nach- mittags ein großes Schaulaufen in der Turnhalle voraus.

[illegible]

Informationen eines durch ein Kirchenorchester festlich zu begleitenden, hatte eine einfaches und andächtige Zuhörerschaft in der alterwürdigen St. Johannis-Kirche zu Weisfeldt versammelt. Alle, die den Weg durch den unerschöpflich fröhlichen, leuchtenden Dörfliß in das traumliche Gotteshaus fanden, waren dankbar, inmitten der gaudhaften Stimmung, in die das alte Kirchengesamte versetzt, eine besonders schön gelungene musikalische Feierabend miterleben zu dürfen. Drei junge, musikalisch begabte Oberbürger boten der Gefeße. Die Zuhörer spielte mit viel Interesse und Würde die Orgel von Weisfeldt, und die Orgel und die Orgel mit dem Orgel das alte Kirchengesamte in gewaltigen Gefeßen anstimmten. Die Orgel spielte sich schnell mit seinem warmen, bestellen Ton in den Herzen der Zuhörer hinein, und Walter Schulte spielte mit oder Vortragstunft wieder von Bach, Mendelssohn und das „Vater unser“ von Credo.

* Allenhuiusorf, 12. Nov. Der hiesige Gemischte Chor
hofft laut Anzeige am 23. d. M. sein Stiftungsfest feiern. Mit
Lust und Liebe haben Sängerinnen und Sänger unter ihrem
Dirigenten Hauptlehrer Seifert'schen gearbeitet, eine
Reihe schöner Chorlieder gelangt zum Vortrag. Gute Musik
und verschiedene Aufführungen werden außerdem für
einen angenehmen Abend sorgen.

Zur Angestelltenversicherungswahl.

Von der Diskussionsgruppe Osnabrück im Deutschen National-
Versicherungsgehilfenverband (D. S. V.) wird uns geschrieben:
Bei den letzten Wahlen zur Angestelltenversicherung im Jahr
1921 entsandten vier Vertrauensmänner und vier Ersatzmän-
ner auf die Verbände des Hauptzweigschusses (D. S. V., Z. B. L.,
G. d. A.) von denen zu wählenden drei Vertrauensmännern,
fünf und sechs Ersatzmännern, während die Verbände des
Afa-Bundes, die bei der diesjährigen Wahl mit vier Ver-
trauensgeschlossenen auftraten, nur zwei Ersatzmänner erhielten.
In manchen Reichsteilen entfielen 75 Prozent der Sitze an den Haupt-
zweigschuss; der Afa-Bund erhielt nur 25 Prozent. Damit
überließen die Angestellten nicht nur im Herbst 1921, sondern
auch im Herbst 1921 eine wichtige Angelegenheit zur Aufrecht-
erhaltung ihrer Sonderversicherung abgeben. Der Afa-
Bund führte den Wahlskampff 1921 unter der Parole „Ver-
schmelzung der Angestelltenversicherung mit der Invaliden-
versicherung“. Das dieses auch heute noch sein Ziel ist,
erschließt aus Pressefeuilletons und Abhandlungen in seinen Ver-
bandsorganen. Durch unmäßige Leistungssteigerungen auf
allen Gebieten — ohne Erhöhung der Einnahmen — soll
die Angestelltenversicherung in kurzer Zeit ruiniert und dann
mit Verschmelzungseinstieg für die Invalidenversicherung ge-
macht werden. Der Afa-Bund behauptet, daß die Angestell-
tenversicherung, gegenüber zu hohen Beiträgen, über ein Vermö-
den von kurzzeit 600 Millionen als Reserve verfüge. Was
bedeutet eine Niedlage von 553 Millionen Mark (nicht 600)
gegenüber der Tatsache, daß allein zur Sicherstellung der be-
trags laufenden Ausgabed über 400 Millionen Mark be-
nötigt werden. Rund 60 Prozent aller gestellten Anträge auf
einen Heilverfahren wurden bewilligt. Das ist ein ganz respek-
tabler Prozentsatz. Die Ablehnung bezog sich auf solche
Fälle, die unwirksam oder aussichtslos waren, oder bei denen
keine Selbstveranlassung vorlag. Dem Zweck der Afa-
Selbstverwaltung, vornehmlich die Gesundheit wiederher-
zustellen zu wirken, wodurch ein Heilverfahren widerprüfbar,
das die Kranken zu erlangen die Aufgabe die Gesundheit des
Versicherten soweit wieder herzustellen, das in absehbarer
Zeit kein Nachschub in Frage kommt, nicht oder nicht mehr
erzielt, wenn das Selbstverfahren, so wie es der Afa-Bund
fordert, zu einer Pflichtleistung würde. Die Agitationsvor-
derungen des Afa-Bundes müssen entweder zu einer Bei-
tragserhöhung führen, die nicht tragbar ist, oder zur Zer-
störung der Angestelltenversicherung. Welches von beiden
das Ziel ist, dürfte denen nicht unklar sein, die die Verhältnisse
kennen, und die den Wahlskampf von 1921 mitemgesehen
haben. Wer für Erhaltung und Ausbau der Angestellten-
versicherung im Rahmen des nur irgend Möglichen ist, wird am
morgenden Sonntag die Liste A des D. S. V. wählen. Wahl-
entfernung kommt dem Afa-Bund zugute.

* **Wesfelder**, 10. Nov. Die Ortsanwohnerschaft der Wesfelder wird nach Mahade der Bestimmungen der revidierten Gemeindeordnung durch den Gemeindevorstand der Gemeinde Wesfelder veranlaßt und durch dieselbe, insoweit durch einen besonderen Ortsausschuß vertreten. Es wird beabsichtigt, die Angelegenheiten der Gemeinde Wesfelder in einer Versammlung vorzunehmen, die dahin geht, daß die Ortsanwohnerschaft durch einen Ortsvorsteher zu verwalten ist. Ein diesbezüglicher Beschluß muß noch in zwei öffentlichen Versammlungen der hiesigenortsigen Einwohner gefaßt werden, bevor der Ortsvorsteher in seine Stellung tritt. Eine Veranlassung ist bereits eintreten.

*) Meischhaus, 9. Nov. Die Ortsgruppe von Meischhaus hielt gestern in Jungs Gasthaus vor dem Hotel „Zur Sonne“ im ganzen Hantisch eine interessante Versammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Friedrich Heide, begrüßte die Teilnehmer, die sich aus den verschiedensten Gegenden stammten, war der Wunsch doch ein beiderseitiger, hier, wo es noch nicht zu vergleichen war, viel Fortschritt zu machen, und es wurde beschlossen, daß die Teilnehmer, die nicht aus Meischhaus stammten, auf die Kosten der Ortsgruppe mitgenommen werden sollten. Der Vorsitzende, Herr Friedrich Heide, begrüßte die Teilnehmer, die sich aus den verschiedensten Gegenden stammten, war der Wunsch doch ein beiderseitiger, hier, wo es noch nicht zu vergleichen war, viel Fortschritt zu machen, und es wurde beschlossen, daß die Teilnehmer, die nicht aus Meischhaus stammten, auf die Kosten der Ortsgruppe mitgenommen werden sollten.

! Delmenhorst, 11. Nov. Schweinemarkt. Auf dem heutigen Schweinemarkt, dem 1931 Tiere zugerieben waren, war der Handel recht flau; es verblieb ein großer Rückstand, so daß viele Ware wieder mit nach Hause genommen werden mußte. Bezahlt wurden für Ferkel im Alter von 6—7 Wochen 8—13 M., für Ferkel im Alter von 8—9 Wochen 14—18 M., bei Kauf nach Gewicht 0,40—0,50 M. das Pfund Lebendgewicht.

* Aus dem Landesteil Birkenfeld, 12. Nov. In feierlicher Weise fand die Eröffnung des neuen Handwerkskammergebäudes in Trier statt, bei auch Regierungsrat Dr. Dörner, Landeshauptmann Dr. Schreiber, die Beamten des Landesteils Birkenfeld sind dem Handwerkskammerbezirk Trier zugeteilt. Bei der Feier hielten u. a. die Sprachengemeinschaftspräsident Dr. Saafen-Trier, preussischer Handelsminister Dr. Schreiber-Berlin, Oberbürgermeister Dr. Weitz-Trier, Generalvikar Prälat Tillmann-Trier, Regierungspräsident Dr. r.

Witterungsbeobachtungen in Oldenburg
von H. Schulz, Doctor.

Sonnet		Thermometer in Cels.°	Barometer in mm	Lufttemperatur, Cels.		
				Sonne	Schdt	Wasser
11. Novbr.	7 Uhr nm.	+ 4.3	751.4	11. Novbr.	+ 6.4	+ 1.6
12. Novbr.	8 Uhr vn	+ 2.2	757.8	12. Novbr.		

Gebe 7 Mshen
in Futter.
Georg Saverlamp,
Saverlamp,
Gernsprech. 54 Ende.

Kleine Anzeigen

Zu verkaufen

Großer
Puppenwagen
m. Puppe sw. Man-
noline zu verkaufen.
(Gartenstraße 31.)

Gut. Radio-Empf.,
Apparat, 4 Röhren, m.
famill. Zub., u. Sels-
tonne, vgl. Fortzug,
preiswert abzugeben.
Höfner, Ratscher-
Schulze-Str. 17 III.

Gut erhaltener
Leuchtmantel
zu verkaufen. Gerbes,
Kriegerstraße 14 ob.

Ein geb. Sord f.
15 M. zu verkaufen.
Floppenb. Str. 130.

Gut erhaltene
Stubeneinrichtung
im ganzen oder get.
zu verkaufen. Näher.
Frl. Gange, Str. 45.

Im Auftr. zu ver-
kaufen 2 gut erhalt.
Winterpaleto's.
Saubmann,
Schneidemeister,
Alexanderhauffee 56.

Zu verk. schönes
Ziegenlamm
ohne Hörner.
Sundm. Clausg. 33.

Zu verk. fr. ir. Osen
im Auftr. v. Ded.
Ganze, über h. ver-
schied. Nachz. in der
Geichäftsstelle d. Wl.

Rachelsteinlagen
billig zu verkaufen.
Giesstraße 34.

Zunge Nachttauben
zu vt. Lindenstr. 104.

Reinfarbiges
Kuhkalb
zu verkaufen. Stadions-
Dachbühnenweg 15

Zu verkaufen ein
bestes, reinfarbiges
Kuhkalb
best. Zücht. Overhous
Schulze 14

Rüchenherb
mittl. gr., blss. zu vt
Tausche 16 unten

**Elegante Mäntel
und Kleider**
für Damen und Her-
ren, auch auf Abzahl.
Brüderstraße 31.

Zu verkaufen ein
Ruhkalb
Frau Schwarting
Nadorf, Scheidebusch
beim Bürgerbusch

Osternburg. Zu verk-
aufte erhalt. Ofen
Zweigsstraße 2.

Schafkopf zu verk-
Mittagsbrot 26.

Verkaufe mehrere
Läuterlthweine,
ca. 70 Pfund schwer
G. Baumund, Klei-
nenfeste d. Raiffe-
den.

**Zu verkauf. Kuh-
und Bullenkalb.**
Joh. Kud.
Wemtsdorf.

**Schlafzimmer-
einrichtung (Eiche
bittig zu verkaufen.**
D. Gellis,
Tischlermeister,
3. Feldstraße 68.

3. verkauft. Gerren
Ma n i e l, wenig ge
fragen. Nachzufragen
streichsost. 8. unter
Zu kaufen gesucht
Ich kaufe stett
Eier
zum höchsten Tag. v.
D. G. Lampe

Zu kaufen oder ge-
gen Den zu kaufen
gesucht eine Ladung
mit gereinigte
Gledrüber
Angab. mit Preis an
Gerhard Wieting,
Saunum.
Auto, Opel.
4 St.-W. gebr., ab-
tadellos erb., gene-
r. Ställe gesucht. Angab.
mit näheren Angab.
Zustand, Bau, u.
viel Kilom. gefahr-
unter 12 St. 376 an
die Geschäftsstelle d. W.

Delfshörne, J. S. Schmidt, Delfshörne, erben beachtlichen, ererbungsstärker ihre zu Delfshörne belegene

Gastwirtschaft

mit 10% Stett. allerbesten Grünlandereien, zum Eintritt auf das n. d. zu verkaufen, und zwar im ganzen oder wie folgt verteilt:

- die sehr geräumigen, zum Teil noch neuen Wohn- und Wirtschaftsgebäude, in denen Gastwirtschaft mit bestem Erfolge betrieben wird, mit der am Hause belegenen ca. 2 Hektar großen Weide,
- dem hofseitig belegenen olim Fahrten- fahrer, sehr ertragreichen Grünland, groß 2,075 Hektar gleich 6 1/2 Jüd.,
- dem vorn Hause an der Chaussee belegenen ca. 2 Hektar groß, Grünland,
- dem entlang der Mäher Chaussee belegenen olim Beterischen Grünland, groß 2,187 Hektar gleich 5 Jüd.,
- dem hofseitig südlich der Chaussee belegenen olim Weidemeierischen Grünland, groß ca. 2 Jüd.,
- dem am Langewegsdamm belegenen Moorland, groß ca. 4 Jüd.

Das Ganze ist eine selten gebotene Kaufgelegenheit, die Lage ist die denkbar günstigste, die Gebäude sind an 4 Straßenfreizeitungen vorteilhaft gelegen, die Ländereien dagegen sämtlich an Chaussee u. Wegen. Der Gastwirtschaftsbetrieb lohnt sich noch bedeutend erweitern, überbaut ist das Grundstück in jeder Hinsicht ausdehnbar.

Definit. Verkaufstermin steht an

Donnerstag, 17. November,
nachmittags 3 Uhr,
in dem zu verkaufenden Hause.

Zuschlag und Beurkundung sollen möglichst sofort erfolgen.

Haake, I. Jn. Haake & Schmidt,
Großenmeer.

Bieh- u. Holz-Verkauf

Athenbuntorf, Landwirt Johann Hansen in Athenbuntorf lässt

Gonnabend, den 3. Dezember,
nachmittags 1 Uhr:

- 2 hochtragende Kühe,
- 3 hochtragende Quenen,
- 2 Rindquenen,

60 Nrn. Eichen u. d. St.

(Wau- und Nutholz),

150 Nrn. Tannen, Erlen u. Birken

(Nuth- und Brennholz),

100 Haulen Brennholz,

öffentlich meistbietend auf längere Zahlungsfrist verkaufen.

Haake & Schmidt, Aukt.
Großenmeer.

Berkaufe schwere

6jähr. Stute

und 4jährige

mittelschwere Stute,

beide durchaus fromme Einpänner.

G. Waas, Athenbuntorf bei Berne.

Im Auftrag suche ich ein Ein- bis Zweifamilienhaus im Preise von 20-25 000 M. bei guter Umgebung zu kaufen.

Frau H. Seemann-Gagebert,

Rechtsanwältin, Wallstr. 19, Tel. 2169.

Zu verkaufen eine

Ende Februar

halbbende Kuh.

J. Jansen,

Großenmeer,

Oberfränkische Seite.

In einer Unterwerferkadt ist ein sehr stielgebendes

Kohlengeschäft

verbunden mit Kunstbäcker-Handlung und Fußweerts- betriebs,

mit sämtlichem Inventar sofort zu verkaufen. Neben Wohnhaus, Stallgebäude und Scheune ist ferner ein massives Lagerhaus für evtl. Einrichtung eines Mädelbetriebes vorhanden.

Interessenten, die über Kapital verfügen, wollen Angebote unter D D 265 an die Geschäftsstelle dieses Blattes abgeben.

Kirchhatten

Montag, den 14. November d. J.,

nachmittags 2 Uhr,

auf dem neuen Friedhofe:

Verkauf mehrerer abgängiger großer

Lebensbäume

Der Kirchhatten.

Holzverkauf in Glane

Der Landwirt Hermann Behrens in Glane beschließt, am

Gonnabend, dem 26. November 1927,

mittags 12 Uhr anfangend,

auf seinen Ländereien:

ca. 300 Stamm Eichen, Wagenbau- und Bohholz,

öffentlich meistbietend mit getrauerter Zahlungsfrist zu verkaufen.

Käufer veranlassen sich an der Auktion.

J. Bührmann, Auktionator,

Böttingen.

Suche für fremde Rechnung eine gute

Wirtschaft

möglichst für sofort zu pachten.

H. Brörmann, Auktionator

in Böttingen i. O.

Mehrere idyllische Grundstücke

in den Strecker Oldenbergen, in Nähe der

Waldberolungsstätte, je etwa 1000 Qua-

dratmeter groß, für Sommerfrachten paß-

preisig, zu verk. Gattens, Gundsahl (Post Oldenburg i. O.). Näheres auch

bei Wädnitzschler Groenewald in Strecker.

Kaufe Aufwertungs- u. Hofmarkt-Hypo-

theken in Höhe von 2000 M bis 30 000 M

gegen sofortige Kasse.

Frau H. Seemann-Gagebert,

Rechtsanwältin, Wallstr. 19, Tel. 2169.

Erhaltung Ausbau Selbstverwaltung

der Angestellten-Versicherung!

Der GDA

kämpft für einen planmäßigen

Ausbau und für die weitest-

gehende Selbstverwaltung,

also für die

Erhaltung

der Angestellten-Versicherung.

Darum lautet die GDA-Parole:

Erhaltet die Angestellten-Versicherung.

Jede Angestellten-Stimme muß für die Erhaltung

der Angestellten-Versicherung, also

für die G.D.A.-Liste

abgegeben werden.

Gewerkschaftsbund der

Angestellten

Deutscher Bankbeamten-

Verein e. V., Ortsgruppe Oldenburg i. O.

Allgemeiner Verband der deutschen Versicherungs-

angestellten, Ortsgruppe Oldenburg i. O.

J. D. Freese

HOFTISCHLERMEISTER

Mühlenstraße 3 und 4

Nur für ein paar Tage im

Schaukasten neu ausgestellt:

1 Herrenzimmer

Eiche mit Nußbaum

1 Speisezimmer

in Nußbaum poliert

Gutes Klapier

billig zu verm. D. Schreier Str. 106 u.

Prima gelblich.

Stedrüben

empfehlen billig

Heinr. Siemen,

Wiesendorf,

Gernspacher 1366.

Habe einige Kühe

in gute Winter-

fütterung zu geb.

Zähler, Radort 62

Vogelkäfige

in großer Auswahl.

Gustav Wiemken,

Samenhandlung,

Ränge Straße 71.

Zu verkaufen ein

Bullenkalb,

14 Tage alt.

G. Grüne, Bargher-

nermoor bei Rod

Mehrere idyllische Grundstücke

in den Strecker Oldenbergen, in Nähe der

Waldberolungsstätte, je etwa 1000 Qua-

dratmeter groß, für Sommerfrachten paß-

preisig, zu verk. Gattens, Gundsahl (Post Oldenburg i. O.). Näheres auch

bei Wädnitzschler Groenewald in Strecker.

Kaufe Aufwertungs- u. Hofmarkt-Hypo-

theken in Höhe von 2000 M bis 30 000 M

gegen sofortige Kasse.

Frau H. Seemann-Gagebert,

Rechtsanwältin, Wallstr. 19, Tel. 2169.

Erhaltung Ausbau Selbstverwaltung

der Angestellten-Versicherung!

Die Afa

war von jeher Gegner einer selb-

ständigen Angestellten-Versiche-

rung. Auch heute noch will sie

deren Verschmelzung mit der L.V.

Der Absatz ist somit für die

Vernichtung

der Angestellten-Versicherung.

Darum lautet die GDA-Parole:

Erhaltet die Angestellten-Versicherung.

Jede Angestellten-Stimme muß für die Erhaltung

der Angestellten-Versicherung, also

für die G.D.A.-Liste

abgegeben werden.

Gewerkschaftsbund der

Angestellten

Deutscher Bankbeamten-

Verein e. V., Ortsgruppe Oldenburg i. O.

Allgemeiner Verband der deutschen Versicherungs-

angestellten, Ortsgruppe Oldenburg i. O.

Köfn mit Döflogymnastik

der auch ihren

Geschmack

sicher befrie-

digt, ist der

„Adler-

Emmentaler“

Hochfein,

leicht verdau-

lich und daher

bekömmlich

ist dieser

„Adler-

Emmentaler“

und daher etwas

Besonderes!

Adler-Emmentaler

Bestlich und bekömmlich

Schweinemästerei

nabe Stadt oder Bahn, zu pachten oder

zu kaufen gesucht. Angebote unter Z & 361

an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Strohdocken

aus gutem Stroh sauber angefertigt,

tiefern wir preiswert in belieb. Mengen.

Landwirtschaftl. Genossenschaftsstadtmärkt,

e. G. m. b. H., Wiedeshausen.

6/30-PS-Stenr

Schneeführer mit Schwingachse

Vorführungswagen

(Bacon) zu verkaufen

H. de Couffer

Oldenburg i. O., Bismarckstr. 18

Telephon 816

Industrie-

Kartoffeln

empfehlen billig, evtl. Zahlungsfrist

H. Siemen, Metjendorf

Telephon 1366

Gierige Fresser bei guter Verdauung

daher schnelle Wast, sichert

regelmäßige Befütterung u.

M. D. R. M. A. N. S.

geparatet Butterfett

3 wera-Mark

Widmung - Die Dug-

litar macht! - Nur echt

in Orig.-Büd. - nie löse

Schutzmärkte - in Apotheken, Dro-

gerien und einschlägigen

Geistlichen. - Interessante Druckdrücken

fohren! - Wo nicht durch

M. Brockmann Chem. Fabr. m. b. H., Leipzig-Entr. 34g.

Brockmanns Vieh-Lebertran-Emulsion „Ostoson“

Ein schnell u. sicher wirkendes Kräftigungs-

mittel!

Suche Häuser

für Kapitalfratäre Reflektanten

G. Seimann Auktionator,

Veraltstraße 17 a - Fernruf 536.

Und wie es sich lohnt

das lassen Sie sich von Ihren Bekannten erzählen, die bereits die **SERIEN-TAGE** besucht haben

Karstadt
WILHELMSHAVEN

Oldenburgischer Landtag.

2. Sitzung vom 11. November 1927.

Kleine Anfragen. — Änderung des Handelskammergesetzes. — Annahme der Vorschläge auf die Gehaltserhöhungen. Verabschiedung der Deckungsvorläufe in erster Lesung.

Um 10.30 Uhr eröffnet Präsident Schröder die Sitzung; vorher tagten noch die Fraktionen. Am Regierungstisch Ministerpräsident v. Finckh und die Minister Dr. Driever und Dr. Willems, Geheimrat Mühlenbecker und eine Reihe von Räten.

Die Aufnahmerräume sind stark besetzt. Abg. Deltjen verliest das Protokoll, Abg. Heitkamp die Eingänge.

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden einige kurze Anfragen gestellt.

Abg. Deltjen fragt wegen der Neuregelung der Bezüge der Förster an.

Minister Willems antwortet, daß die Regelung sich verschoben habe. Sie werde aber jetzt im Anschluß an die Besoldungsneuregelung vorgenommen, und die Beteiligten werden keinen Schaden durch die Verspätung haben.

Abg. Deltjen fragt bezüglich der Bestimmungen über den Grenzschutz an.

Minister Driever sagt eine eingehende Prüfung der Frage zu.

Abg. Wittje und Thhe fragen an wegen der Handelsverträge mit Polen, und was die Regierung getan habe, um die oldenburgische Schweineerzeugung zu schützen.

Ministerialrat Hennings antwortet, daß die Staatsregierung alles tun werde, die Einfuhr der Schweine aus Polen zu verhindern und zu beantragen, daß die Einfuhr keine Zollvergünstigung erfahre. (Bravo!)

Änderung des Handelskammergesetzes für Oldenburg und Lübeck.

Die Oldenburgische Handelskammer wird im Landesteil Lübeck durch eine Zweigstelle vertreten, die aus fünf Mitgliedern und deren Stellvertretern besteht. Nun hat sich das Bedürfnis herausgestellt, diese Zahl zu erhöhen. Die Handelskammer wünscht eine Erhöhung der Zahl der Mitglieder (46) nicht, da hierdurch eine neue Gruppeninteilung zwischen Industrie, Großhandel und Einzelhandel notwendig werden würde. Sie will aber dem bei der Zweigstelle aufgetretenen Bedürfnis dadurch entsprechen, daß zwei weitere Stellvertreter hinzugewählt werden. Der Ausschuß 2, Abg. Dohm, stellt den Antrag auf Annahme, die ausgesprochen wird.

Gewährung einer einmaligen Notstandsbeihilfe an Beamte und Angestellte.

In vier Eingaben bitten die Beamten, auch für Oldenburg eine Zwischenlösung vor der endgültigen Besoldungsneuregelung zu treffen. Die Staatsregierung ist bereit, den Beamten und Angestellten der Gruppen 1—4 eine einmalige Notstandsbeihilfe zu zahlen.

Der Ausschuß 1, Abg. Deltjen, vermag Wünsche, die über den Vorschlag der Regierung hinausgehen, nicht zu vertreten.

Folgender Antrag wird zum Ausschuß gestellt:

Den Beamten und Angestellten der Gruppen 1—4 eine einmalige Notstandsbeihilfe zu zahlen, und zwar Verheirateten 30 RM., außerdem für jedes Kind, für das ein Kinderzuschlag gewährt wird, 10 RM., und Ledigen 20 Reichsmark (aus laufenden Mitteln).

Abg. Brosch (Z.) beantragt die Ausdehnung des Antrags bis auf Gruppe 6.

Abg. Deltjen (Zf.) erweitert den Antrag auf planmäßige und nichtplanmäßige Angestellte, Hinterbliebene u. so weiter.

Abg. Schmidt (D.) erinnert daran, daß vor einiger Zeit eine Abordnung der Fraktionen der Regierung den Vorschlag unterbreitet, den Angestellten und Beamten der Gruppen 1—4 eine einmalige Notstandsbeihilfe zu gewähren. Leider habe sie für ihren Vorschlag keine Mehrheit gefunden. Er habe damals schon zum Ausdruck gebracht, daß nicht abgesehen werden könne von den Bestimmungen in Preußen, denn hier handle es sich um eine Notlage. Die Regierung habe den Vorschlag nicht weiter verfolgt, weil sie keine Mehrheit sah. Nun hat die Regierung den heute vorliegenden Vorschlag gemacht. Die Regelung genügt uns nicht. Es muß versucht werden, einigermaßen der dringenden Not zu steuern und eine nachbargleiche Regelung zu treffen. Was der Ausschuß vorschlägt, ist gewiß anzuerkennen, aber manche Säulen sind unausführbar. Wir gestatten uns deshalb, einen Verbesserungsantrag zu stellen, der dahin geht, auch die Gruppe 5 in die Maßnahme einzubeziehen, und aus der Gruppe 6 diejenigen Beamten und Angestellten, die noch nicht das höchste Gehalt der Gruppe 5 haben.

Ein entsprechender Antrag wird überreicht.

Abg. Müller-Brake (Zf.) spricht jetzt: Seit über drei Wochen sitzen wir zusammen; es war doch wahrhaftig Zeit, beratende Anträge schon im Ausschuß zu stellen. Ich finde es unerhört, daß man damit die Geschäftsordnung mißachtet und uns jetzt damit überfällt.

Abg. Schmidt (Zf.) setzt fest, daß unsere Vertreter bei den damaligen Verhandlungen im Ministerium nicht zugegen waren, sondern nur bei der Feststellung des Beschlusses.

Abg. Müller-Brake: Es war seinem Abgeordneten verwehrt, in den Ausschuß zu gehen und dort Anträge zu stellen. Da das die Demokraten nicht getan haben, so muß ich annehmen, daß sie den Antrag heute nur aus Agitation stellen.

Abg. Tanchen (Dem.): Wie ist es denn mit den Sozialdemokraten, die heute ebenfalls beantragen, die Notstandsbeihilfen auf die Gruppen 5 und 6 auszuweiten?

Abg. Brosch (Zf.) begründet einen Antrag den Sozialdemokraten, die Notstandsbeihilfen nicht nur in den Gruppen 1—4, sondern auch in 4 und 6 zu zahlen. Die Sozialdemokraten hätten diesen Antrag nicht früher eingebracht,

weil sie die Verhandlungen des Ausschusses nicht gefährden wollten.

Staatsminister Dr. Willems: Die Staatsregierung ist mit dem jetzigen Ausschußantrag einverstanden. Der Antrag Schmidt-Zettel schießt über das Ziel hinaus. Die Staatsregierung ist gegen diesen Antrag. Oldenburg werde bei Annahme des Antrags schon mehr tun, als andere Länder. Bremen, Wahren und Mecklenburg-Schwerin haben überhaupt nichts getan.

Abg. Brosch (Zf.): Der Antrag der Demokraten ist doch etwas anders als unser Antrag. Wir wollten den Antrag schon im Ausschuß einbringen und haben ihn nur zurückgestellt, damit nicht die Beihilfe für die Gruppen 1 bis 4 auch noch gefährdet würden. Der Abgeordnete Müller hat recht. Wenn es den Demokraten darauf ankommt, die Interessen der Beamten zu vertreten, dann könnten sie einen Herrn in den Ausschuß schicken. Wenn sich später noch Härten herausstellen, so muß ein Weg zu ihrer Abstellung gefunden werden.

Abg. Tanchen (Dem.): Was der Abg. Brosch über die Haltung seiner Freunde im Ausschuß ausführt, ist nicht beweiskräftig. Die Sozialdemokraten haben den Antrag im Ausschuß nicht gestellt, weil sie abwarten wollten bis zum Plenum. Das ist auch ihr gutes Recht. Wenn schon Herr Müller kritisieren wollte, so ist es doch merkwürdig, daß er die Sozialdemokraten veragte, die daselbst laien wie die Demokraten. Vielleicht hat er aber von der Einbringung des Antrags nichts gehört. Es ist niemandem benommen, im Plenum Anträge zu stellen. Preußen zahlte bis Gruppe 6 50 RM. bzw. 10 und 20 RM., und den Beamten der Gruppe 7 die Beihilfen auch noch, wenn Bedürftigkeit besteht. Mühsen ist diesem Beispiel schon gefolgt. Wir haben nicht 50 Mark beantragt, haben auch die Gruppe 6 nur zum Teil berücksichtigt, die Gruppe 7 ganz herausgelassen. Das ist doch nicht zu viel verlangt. Was der Abg. Müller sagt, muß ich zurückweisen. Außerdem am wir, was uns paßt.

Abg. Nieberg (Zf.): Es ist doch zum mindesten eigenartig, wenn während der dreiwöchentlichen Verhandlung kein Antrag der Demokraten und Sozialdemokraten in dieser Richtung gestellt wurde. Auch die Demokraten haben Gelegenheit gehabt, im Ausschuß zu erscheinen und dort Anträge zu stellen. Dann hätten man gleich unterbreiten können, welches die finanzielle Auswirkung sein würde. Diese Tragweite können wir hier heute nicht übersehen. Es klingt sehr schön, wenn man beantragt, wir wollen den Gruppen bis 6 die Beihilfen geben. Es wäre aber besser gewesen, das schon im Ausschuß zu tun.

Abg. Frerichs (Zf.): Der Anfang unserer heutigen Sitzung läßt sich ja gut an. Spontentisch fahren wir nicht so fort. (Heiterkeit.) Der Abgeordnete Nieberg hat gesagt, es wäre besser gewesen, beratende Anträge im Ausschuß zu stellen. Ich meine, nach dieser Woche es gewesen, wenn die Vertreter des Reichsbüros feierlich dem Ministerium gegenüber mehr Entgegenkommen gezeigt hätten, als die Regierung die Notstandsbeihilfen beantragt hätte. Dann wäre die ganze heutige Debatte nicht nötig gewesen. (Sehr richtig!) Wir nehmen für uns das Recht in Anspruch, auch im Plenum Anträge zu stellen. Herr Tanchen tut es wohl, daß Herr Müller uns bei seiner Kritik vergessen hat. Herr Tanchen mag sich beruhigen, bei einer anderen Gelegenheit wird das schon wieder ausgefallen. Mit dem Vorwurf, daß hier Anträge aus Agitationszwecken gestellt worden, sollte die Rechte vorsichtiger sein. Wir haben auch schon oft den Eindruck gehabt, daß auch von der Rechten Anträge nicht nur um der Sache willen gestellt wurden. Ich glaube, wir tun am besten, uns da gegenseitig nichts vorzuwerfen.

Abg. Müller-Brake (Zf.): Ich nehme keinem Abgeordneten das Recht, hier Anträge zu stellen. Ich wollte mich aber dagegen aufheben, daß man den geschäftsmäßigen Gang dieser doch kurzen Landtagsagung gefährdet.

Abg. Brosch (Zf.) weist die Vorwürfe gegen seine Partei zurück und betont, daß sie schon im Ausschuß den Antrag, die Notstandsbeihilfe bis zur Gruppe 6 zu zahlen, hätte stellen wollen.

Abg. Tannemann (Zf.): Wenn feierlich bei der Besprechung im Ministerium keine zusammenfassenden Beschlüsse gefaßt wurden, dann ist das deshalb geschehen, weil uns damals noch nicht bekannt war, welche Absichten das Reich und Preußen hatten.

Abg. Tanchen (Dem.): Der Abg. Müller hat hier die Art der Geschäftsbehandlung kritisieren wollen. Ob das in dieser Situation sehr vorsichtig war, möchte ich bezweifeln. Daß wir hier vier Wochen lang sitzen, geschieht doch nur, weil die Regierungsparteien unter sich nicht einig werden können über die Deckungsvorläufe, und weil die Regierung mit ihrer Mehrheit nichts zu Stande bringen kann. (Unruhe.) Wir haben keine Veranlassung, der Regierung hier aus der Stimme zu helfen.

Abg. Schmidt (Zf.) berichtet hier über Verhandlungen im Ministerium, was aber bei der Frage kommenden Besprechung gar nicht zugehen.

Abg. Hartong (Zf.): Damals handelte es sich um Vorbesprechungen, und beratende Besprechungen können überhaupt nicht entscheidend sein. (Zustimmung.) Der Landtag mußte auf jeden Fall zusammenkommen. Es lag der Beschluß vor, wonach die Regierung ohne Zustimmung des Landtages keinerlei Besoldungsregelungen treffen dürfte. (Sehr richtig!) Auch der Vorwurf, daß allein die Regierungsparteien die lange Dauer der Sitzung verschuldet haben, trifft nicht zu. Wir haben hier eine schwierige Aufgabe zu lösen. Die Entscheidung ist für keinen Abgeordneten leicht. Jeder muß zu machen und nicht dadurch erleichtert, daß sich der eine Teil des Landtages der Verantwortung zu entziehen sucht, und sagt: Laß das die anderen nur machen! Ein solcher Standpunkt scheint

mir mit den Pflichten der Abgeordneten nicht zu vereinbaren zu sein.

Abg. Meyer-Oldenburg: Ich möchte den Abg. Hartong fragen, ob nicht doch ein Fall vorgekommen ist, wo die Regierung Gelder ohne Befragen des Landtages bewilligt hat. Das ist tatsächlich geschehen bei der Sturmflut-trophie in Südboldenburg. (Zurufe: Das ist etwas ganz anderes!) Das war genau daselbst. Damals wie hier handelt es sich um eine Notstandsaktion. Ich will nicht kritisieren, daß die Regierung das Geld für Allen damals bewilligt hat. Ich habe es sogar begrüßt.

Abg. Hartong (Zf.): Der Herr Abg. Meyer-Oldenburg hat nicht sehr genau nachgedacht. (Heiterkeit!) Der positive Befehl des Landtages besagt nur, daß ohne den Landtag die Regierung keine Besoldungsregelung vornehmen darf. (Zurufe links: Warum hat es denn die Regierung versucht?) Die Vorbesprechung ist erfolgt, um eine Grundlage für die spätere Verhandlung zu schaffen. Sie (zur Linken) können sich freuen, daß Sie zu den Besprechungen der Regierungsparteien hinzugezogen werden, denn Sie haben uns, als Sie die Macht in den Händen hatten, niemals zu derartigen Besprechungen eingeladen! (Beifall: Sehr richtig, rechts! Unruhe links.) In solchen Fällen wie bei der Unweiserstarrung sollte die Regierung ohne weiteres eingreifen können und konnte nachträglich die Sanction erteilen.

Abg. Tanchen (Dem.): Ich finde sehr, daß der Abgeordnete Hartong hier gesagt hat: Sie können dankbar sein, daß wir Sie zugezogen haben. Ganz abgesehen davon, ob die Aufklärung geschmackvoll war, fange ich sie recht die Situation. Ich habe immer geglaubt, daß eine Regierung den Namen nur verdient, wenn sie selbst regiert. Hier sieht man aber, daß wir eine Regierung haben, die nach der Weise des Landesbunds tanzt.

Abg. Hartong: Haben Sie die gleichen Prinzipien vertreten, als Sie Ministerpräsident waren?

Abg. Tanchen: Andere! (Heiterkeit.)

Der Antrag Brosch (Zf.) (Berücksichtigung der Gruppen 1—6) wird abgelehnt, desgleichen der Antrag Schmidt (mit 13 gegen 17, Rechte und Teile des Zentrums).

Der verbesserte Ausschußantrag wird angenommen, wonach die Vorschlagsgeber bezahlt werden in der verbesserten Form.

Die Besoldungsneuregelung.

Die Staatsregierung nimmt darauf Bezug, daß die Reichsregierung beabsichtigt, die Dienstbezüge der Reichsbeamten und die Versorgungsbezüge der Wartegelds- und Ruhegehaltsempfänger, sowie der Beamtenhinterbliebenen ab 1. Oktober 1927 zu erhöhen. Der Entwurf des Gesetzes über die Besoldungsneuregelung ist bereits vom Reichsrat verabschiedet und befindet sich jetzt im Reichstages. Vom Reichsfinanzminister ist angeordnet, daß bis zur Verabschiedung der Gesetzentwürfe auf das Mehr, das die Reichsbeamten und die bezeichneten Empfänger von Versorgungsbezügen aus der Neuregelung der Bezüge zu erwarten haben, vom 1. Oktober 1927 an monatliche Vorschüsse zu zahlen sind.

Nach Ansicht der Staatsregierung ist es nicht zweifelhaft, daß die oldenburgischen Beamten, Angestellten, Volksschullehrer, Wartegelds- und Ruhegehaltsempfänger, sowie die Empfänger von Beamtenhinterbliebenenbeihilfen einer Verbesserung ihrer Bezüge ebenso dringlich bedürfen, wie die Beamten usw. des Reichs und anderer Länder. Das Staatsministerium schlägt vor, den oldenburgischen Beamten usw. bis zur endgültigen Neuregelung ihrer Bezüge in gleicher Weise wie im Reich Vorschüsse zu gewähren und die Vorschüsse der Angehörigen der Ordnungspolizei auf die in Preußen gewährten Beträge festzusetzen, wobei bei Personen, die im Staatsdienst nicht voll beschäftigt sind und deshalb aus der Staatskasse nur eine Teilbesoldung beziehen, eine entsprechende Herabsetzung der Vorschüßbeträge erfolgen soll.

Wenn die Gesetzesvorlage der Staatsregierung über die Neuregelung der Besoldungen zu erwarten steht, kann noch nicht gesagt werden, da zunächst die Verabschiedung der Besoldungsgesetze im Reichstag und im preussischen Landtag abgewartet werden muß. Die Vorlage fordert deshalb nur die Mittel für die Vorschüsse in der Zeit vom 1. Oktober 1927 bis 31. März 1928, die für die Beamten usw. des Landes teils Oldenburg einen Aufwand von etwa 464 000 RM. erfordern.

Ausschluß 1, Abg. Deltjen, steht auf dem Standpunkt, daß es durchaus unerwünscht ist, die oldenburgischen Beamten, Angestellten usw. ungünstiger zu behandeln als die Beamten und Angestellten des Reichs und anderer Länder, besonders Preußen. Er stellt deshalb den Antrag auf Annahme des Regierungsantrages.

Abg. Frerichs (Zf.) gibt eine Erklärung im Sinne der Haltung der Partei ab und behauptet, daß ihre Anträge nicht berücksichtigt sind. Die Partei steht von einem Antrag ab, weil er nutzlos ist, und weil sie nicht die Verantwortung für die untern Gruppen gefährden will. Sie fühlt sich aber durch ihre letzte Zustimmung in seiner Weise gebunden und wünscht dringend, daß die Regierung die Lage der Staatsarbeiter usw. weitgehend berücksichtigt.

Der Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Die Deckung der Beamtenbesoldungserhöhungen.

In der Anlage 4 beantragt die Staatsregierung, zur Deckung der Vorschusszahlungen auf die Besoldungsneuregelung für den Landesteil Oldenburg eine Erhöhung des

Olderol-Reiniger der ideale Reiniger für Parkett und Linoleum

Steuerjahres der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und der Steuer vom bebaute Grundbesitz in der Weise, daß bei jeder dieser Steuern ein Prozent höherer Betrag sich ergibt, als im Haushalts des Landesteils Oldenburg vorgesehen ist.

Die gesamte Mehrerhebung im Landesteil Oldenburg für die Staatsbeamten beträgt jährlich . . . 1 824 000 Mm. für Volksschullehrer jährlich . . . 820 000 Mm.

Zu diesen Jahresgaben kommen für 1928 als Nachzahlung 387 000 Mm. hinzu, so daß das Jahr 1928 mit . . . 2 211 000 Mm. Mehreinkünften für Staatsbeamte belastet wird.

Zu den 820 000 Mm. jährlichen Mehreinkünften für Volksschullehrer kommt eine Nachzahlung in Höhe von 140 000 Mm. hinzu, so daß das Jahr 1928 mit 960 000 Reichsmark Mehreinkünften für Volksschullehrer belastet wird.

Ein Teil des Ausschusses, die Abgeordneten Lehmann, Schmidt, Tannen, stellt den Antrag Nr. 1 auf Ablehnung der Anlage 4.

Gegen diesen Antrag stimmen die Abgeordneten Müller, Wismann, Schröder.

Es enthalten sich der Stimme die Abgeordneten Faber, Fied, Freese, Jordan, Leffers, Thye, Wempe und Zimmermann.

Ein anderer Teil des Ausschusses, der Abgeordnete Meyer-Hofte, stellt den Antrag Nr. 2: Ablehnung der Anlage 4 und Annahme folgenden Antrages:

„Im Gesetz, betreffend die Erhebung einer Steuer vom bebaute Grundbesitz, in der Fassung vom 25. Mai 1927, § 3 Abs. 1, werden im § 23, Abs. 1, Satz 1 und 2, getragenen, ferner wird im Abs. 3, Satz 1, das Wort „Steuer“ ersetzt durch „Einkommen“. Der Absatz 3 wird zum Schluß wie folgt ergänzt: „Befindet sich der Gehalt des Gewerbetreibenden außerhalb des Landesteils Oldenburg, so tritt diese Ermäßigung nicht ein.“ Ferner wird im § 30 des Gesetzes die Zahl „1 700 000“ durch die Zahl „2 100 000“ ersetzt. Diese Änderungen erhalten rückwirkende Kraft für den Veranlassungszeitraum 1927.“

Gegen diesen Antrag stimmen die Abgeordneten Fied, Freese, Leffers, Müller, Jordan, Schröder, Tannen, Wismann und Zimmermann.

Es enthalten sich der Stimme die Abgeordneten Faber, Lehmann, Thye und Wempe.

Ein anderer Teil des Ausschusses ist der Ansicht, daß die Landwirtschaft zwar zu entlasten sei, daß aber eine völlige Freilassung nicht möglich ist. Dieser Teil des Ausschusses, die Abgeordneten Freese, Müller, Schröder, Wismann, stellt den Antrag Nr. 3:

Im § 1 heißt es im ersten Satz, Seite 6, vom Worte „Steuerjahr“ an:

„Steuerjahr der Gewerbesteuer und Steuer vom bebaute Grundbesitz in der Weise zu erhöhen, daß sich durch diese Erhöhung bei jeder dieser Steuern ein um 11 Prozent höherer Betrag ergibt, als im Haushalts des Landesteils Oldenburg für 1927 vorgesehen ist, und den Steuerjahr der Grund- und Gebäudesteuer so zu erhöhen, daß sich durch diese Erhöhung bei dieser Steuer ein um 5 Prozent höherer Betrag ergibt als im Haushalts des Landesteils Oldenburg für 1927 vorgesehen ist.“

Die übrigen Sätze im § 1 bleiben unverändert.“

Gegen den Antrag stimmen die Abgeordneten Lehmann, Meyer-Hofte, Schmidt, Tannen.

Es enthalten sich der Stimme die Abgeordneten Faber, Fied, Freese, Jordan, Leffers, Thye, Zimmermann, Wempe.

Ferner stellt der Ausschuss den Antrag Nr. 4:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung auf einen für die Länder günstigen Finanzplan einzuwirken, der es Oldenburg ermöglicht, die Mehrkosten der Beamtenbeschäftigung aus den Mehrerhebungen zu decken.“

Die Abgeordneten Schmidt und Tannen stellen den Antrag Nr. 5:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, im Falle der Unerschwinglichkeit des im Antrag 4 Geordneten, dem nächsten ordentlichen Landtage Vor schläge zur Deckung des Mehrbedarfs zu machen, bei denen jeder Steuerzuschlag die geringere Steuerkraft Oldenburgs gegenüber Preußen zu berücksichtigen hat.“

Gegen den Antrag stimmen die Abgeordneten Lehmann, Müller, Wismann, Meyer-Hofte.

Es enthalten sich der Stimme die Abgeordneten Faber, Fied, Freese, Leffers, Wempe, Zimmermann, Jordan.

Ferner stellen die Abgeordneten Fied, Freese, Lehmann, Schmidt, Tannen, Thye, Zimmermann den Antrag Nr. 6:

„Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, sofort den Plan einer grundlegenden Behördenvereinfachung — soweit nötig — in Verbindung mit gleichen Maßnahmen des Reichs — aufzustellen, nach dessen Durchführung eine sofortige und für die Folge steigende Verbilligung der Staatsverwaltung erreicht wird. Dem nächsten Landtag sind bestimmte Vereinfachungs- und Verbilligungsvorschläge zu machen.“

Es enthalten sich der Stimme die Abgeordneten Faber, Müller, Schröder, Wempe, Wismann.

Finanzminister Willers: hält hier eine große Rede, die wir im Zusammenhange im Hauptblatt wiedergeben.

Abg. Meyer-Hofte (3.) bezieht sich im allgemeinen auf den Ausschussbericht und erörtert die Grundzüge, die den Beschäftigten zugrunde liegen. Redner kommt auf die Nachbarschaftlichkeit der Besteuerung in Oldenburg und Preußen (Gewerbe- und Hauszinssteuer ist in Preußen 3 oder 2½ mal so hoch). Er will nicht bestritten, daß diese Steuern in Oldenburg auf dieselbe Höhe gebracht werden. Redner befreit, daß es allen Beamten schlecht geht. Wenn er zu klagen veranlaßt wäre, würde er jetzt das Klagegeld der Landwirtschaft annehmen. (Seiterteil). Er verbreitet sich über die schlimme Lage der Landwirtschaft im Verhältnis der Parteien. Er verlange nur, daß diejenigen mehr zahlen, die es zahlen können. Die Landwirtschaft kann es jetzt nicht mehr. Er verlange die Verbilligung eines kleinen Unrechtes in der Besteuerung. Redner beweist die Wichtigkeit seiner Ausführungen im Bericht, die von der Linken angefochten wird. Deshalb ist jede Erhöhung der Grundsteuer, sonst wird sie verschlagen, und das ist natürlich von katastrophaler Bedeutung.

Abg. Hartung (Vbl.) hofft, daß die Beschäftigungslage des Landtags dem Grundgesetz Rechnung trägt, daß nur dann Ausgaben bewilligt werden, wenn die Deckung vorhanden ist. Sonst treibt das Land zum Ruin. Ein Ausschub der Bewilligung ist auch nicht im Interesse der Wähler, wie der Minister sagt. Er hat auch recht, wenn er sagt, daß es einen schlechteren Moment für Einbringung der Vorlage nicht geben könnte. Redner kritisiert scharf den Finanzminister des Reiches und seine Maßnahmen. Er handelt leichtfertig, weil er selbst nicht weiß, wie die Mittel später aufgebracht werden sollen, und den Ländern und Gemeinden gegenüber ist er ohne Fühlung und ohne Prüfung der Leistungsfähigkeit vorgegangen. (Unerschört!) Derartige Ungehörigkeit hätte früher einem Minister den Hals gebrochen. (Sehr richtig!) Es ist eine Unmöglichkeit, daß das Reich Dinge beschließt, die den Ländern untragbare Lasten auferlegen. (Sehr richtig!) Es scheint die Absicht zu bestehen, die Länder auszulagern, um ihnen die Selbstständigkeit zu nehmen. (Sehr richtig!) Redner erklärt, daß er und seine Freunde diesen zwangsläufigen Unitarismus nicht mitmachen. So lange Berlin die Dinge nicht besser ordnen kann als die Länder, ist es unerhört, wenn auf Verbilligung der Länder gedrängt wird! (Sehr richtig!) Wir brauchen uns für eine solche Vereinfachung! (Sehr richtig!) Und bei uns kann noch gespart werden, aber wahrhaftig nicht viel. Um so weniger kann man es ertragen, daß das Reich die Länder zur Erhöhung der Steuern zwingt. Das Reich drängt zur Senkung der Realsteuern und treibt gleichzeitig zur Erhöhung der Steuern. Der Finanzminister des Reiches war früher Steuersekretär in Baden. Möge er dahin zurückkehren! Er wird dann in der Praxis hoffentlich die Unmöglichkeit seines Verfahrens einsehen. (Seiterteil!) Die lange Dauer der Ausschussverhandlungen erklärt sich aus der Art der zwangsläufig aufgetragenen Steuern. Eigentlich ist es überhaupt eine Unmöglichkeit, diese Ausgaben zu machen. Wenn sollen wir sie ausladen, wird jedermann fragen. Die Ausgaben für die Beamten ist eine Ausgabe für alle, und deshalb müssen auch alle dazu beitragen. Man kann der Vorlage des einen oder anderen Standes Rechnung tragen; aber grundsätzlich müssen alle gleich beitragen. Im Antrag Willers ist der Vor der Landwirtschaft Rechnung getragen. Vergleiche in Steuerbestimmung sind immer fraglich, und Übertragungen anderer Verhältnisse auf die unsrigen führen zu falschen Folgerungen. Jetzt will man die Hauszinssteuer angreifen; er könne demgegenüber nur sagen, daß im letzten Landtag die Landwirtschaft zu gut weggekommen sei. (Sehr richtig! Widerspruch!) Preußen ist übrigens leider sehr Vorbild mehr in mancher Beziehung, wie früher. (Sehr richtig!) Er hoffe, daß die Vorlage verabschiedet werde auf der Grundlage, daß sämtliche Stände die Deckung tragen unter Berücksichtigung besonderer Umstände.

Abg. Freisch (2.) weist darauf hin, daß die vom Finanzminister angelegenen Fonds aus dem ganzen Volke bezahlt sind. Auch die Sozialdemokraten können einer Rumpfwirtschaft nicht zustimmen. Deshalb sind sie nicht für Ablehnung. Aber sie können den übrigen Anträgen auch nicht zustimmen. Es scheint, daß unter diesen Umständen die Annahme der Regierungsvorlage das Beste wäre. Die Vorlage der Landwirtschaft scheint nicht so groß, daß sie nicht die geforderten Beträge zahlen könnte. Redner spricht sich für die Annahme des Antrags Willers aus und über die Faltung der Partei zu den anderen Anträgen. Sie verpflichtet sich seinen Erfolg von dem Gelingen nach Vereinfachung. Er glaube, daß eines Tages die Zeit kommt, wo Oldenburg in einen größeren Staat aufsteigt. Aber zwangsläufig soll man das nicht fördern. Das muß organisch erfolgen. An der Abschaffung des Reichsfinanzministers wolle er sich nicht beteiligen, wenn er auch seine Maßnahmen nicht billige. Die Verteilung Preußens könne er auch nicht ganz mitmachen.

Abg. Zimmermann (20.) verweist auf die fortgesetzten Klagen der Landwirtschaft gegenüber dem Abg. Meyer-Hofte, die doch sicher oft übertrieben waren. An Beispielen aus Märgen beweist Redner, daß die Hauszinssteuer hier stellenweise viel höher ist als in Preußen. Die Partei wird es sich überlegen, ob sie nicht zur 2. Lesung die Regierungsvorlage wieder herstellt.

Abg. Tannen (Dem.): Die Annahme der Vorlage 3 ohne Debatte beweist, daß der Landtag die Zwangslage anerkennt. Oldenburg kann aber nicht das einzige Land sein, das Vorläufige bewilligt, jedoch nicht deckt. Redner spricht für den Antrag der Minderheit, der zur Hinausschiebung der Deckung drängt. Die Lage nach Weihnachten ist sicher wesentlich weiter geflärt. Dann muß das Bewilligte natürlich

gedeckt werden. Wir sind weit entfernt davon, zu sagen, daß einzelne Stände die Mehrkosten tragen sollen. Aber die Nachbarschaftlichkeit in der Besteuerung ist erwünscht, und das ist allgemein. Redner führt Beispiele von Verbilligungen der Landwirtschaft an, die bis zum Aufheben gehen. Und das sind wohlhabende Landwirte. Er könne weder Grund-, noch sonstige Steuern bewilligen; es muß alles bis zum Frühjahr verschoben werden; dann ist die Lage übersichtlicher. Redner spricht über die Haltung der Demokraten zu den verschiedenen Anträgen. Auch die Vereinfachung der Verwaltung wird in der nächsten Zeit keine größeren Summen freimachen. Eine Verbilligung der Verwaltung in großem Stil ist nur möglich in Verbindung mit dem Reich, die jedenfalls eine erhebliche Einsparnis bringt. Redner nimmt dem Abg. Hartung zu, daß sich der Reichsfinanzminister — ganz abgesehen von seiner Zentrumszugehörigkeit — als unzulänglich erweisen hat. Redner bittet, ernst zu prüfen, ob die Entscheidung nicht bis Anfang nächsten Jahres hinauszuschieben ist.

Die Regierung bringt einen Verbesserungsantrag ein in Hinblick auf die Prüfung zur Vereinfachung der Verwaltung in Verbindung mit dem Reich.

Abg. Meyer-Hofte (3.) tritt den Ausführungen der Abg. Zimmermann, Tannen, Müller, Freisch entgegen und verteidigt seine Ausführungen über die Lage der Landwirtschaft. Er schließt: „Sie machen die Landwirtschaft kaputt, wenn Sie ihr noch mehr Lasten aufladen!“

Finanzminister Willers:

Bezüglich der Frage, ob die Staatsverwaltung so zu vereinfachen und zu verbilligen ist, daß eine erhebliche Auswirkung für die Staatskasse sich ergeben wird, darf ich zu nächst auf die dasselbe Ziel verfolgenden früheren Versuche hinweisen.

Ich gehe dabei bis auf das Jahr 1910 zurück. Damals hatte der Abgeordnete Freiherr von Hammerstein einen selbständigen Antrag eingebracht, wonach die Staatsregierung ersucht wurde,

eine durchgreifende Vereinfachung der Staatsverwaltung, die der Landtag als Vorbereitung für eine endgültige Erhöhung der Beamtengehälter gemacht habe, anzubahnen und darüber eine Vorlage zu machen, namentlich auch über eine durchgreifende Vereinfachung der Organisation und des Geschäftsbetriebes beim Staatsministerium. Der Verwaltungsausschuß des Landtages hat darauf beschloßen, die Staatsregierung zu ersuchen, eine gemeinschaftliche Kommission aus Mitgliedern der Regierung und des Landtages einzusetzen, welche auch nach Schluß des Landtages ihre Arbeiten fortzuführen habe. Die Staatsregierung hat dieser Anregung insofern keine Folge gegeben, da die Bildung einer solchen Kommission nicht im Einklang mit den Grundgesetzen der Verfassung gesehen wurde. In dem betreffenden Schreiben an den Vorstehenden des Verwaltungsausschusses ist u. a. zum Ausdruck gebracht worden,

daß die Staatsregierung seit Jahren mit Erfolg bemüht gewesen sei, die Staatsverwaltung zu vereinfachen und zu verbilligen.

Sie beabsichtigt bei Gelegenheit der Beratung der Gehaltsordnung nach weitere diesbezügliche Vor schläge zu machen. Bei dieser Beratung haben sich dann verschiedene Anregungen ergeben, die von der Staatsregierung noch ergänzt und einer ganz eingehenden Prüfung unterzogen worden sind. Das Ergebnis ist in einer umfangreichen Denkschrift zusammengefaßt worden, die dem Landtag vorgelegt ist. Der Landtagsauschuß hat dazu einen 40 Seiten langen Bericht erstattet, in dem 22 Anträge gestellt sind, über die in der Plenarsitzung am 16. und 17. März 1911 Beschluß gefaßt ist. Bei dem Antrage 2 (Aufhebung und Zusammenlegung von Ämtern) ist eine längere Debatte geführt worden, bei der der Minister des Innern (Czerning-Scheer) am Schluß seiner Ausführungen sagte:

„Meine Herren, das gibt mir die gewünschte Veranlassung, hier von neuem zu betonen, daß die oldenburgische Regierung seit 30 Jahren, oder richtiger seit 1868, auf das eifrigste bestraft gewesen ist, unsere Verwaltung so einfach wie möglich zu gestalten. Und mit einer gewissen Genugtuung möchte ich hier erwähnen, daß ein sichtsvolles Landtagsabgeordneter mir feinerseits, als wir an die Ausarbeitung der Denkschrift gingen, gesagt haben: „Gerade wenn ich noch nichts, unsere Verhältnisse sind in einer noch unübersichtlicher, aber ich wünsche, daß es bei der breiten Öffentlichkeit in einer Denkschrift klar gelegt wird, wie unsere Verhältnisse liegen.“ Und wenn heute wiederholt gesagt ist: Was ist denn viel aus dieser dicken Denkschrift herausgekommen?“

Aus einer Zitrone, die ausgepreßt ist, können Sie noch wenig Saft mehr herausziehen.“

Der Abg. Tannen bed hat damals im Verlauf dieser Debatte u. a. ausgeführt:

„Wir können doch recht zufrieden sein, daß wir sagen können, die Verbilligung, die von beiden Seiten vorgenommen ist, hat die Gewissheit ergeben, daß unsere Einrichtungen gut und von Grund aus gesund sind.“

Im Jahre 1920 hat der Abg. Freisch einen selbständigen Antrag eingebracht folgenden Wortlaut:

„Der Landtag wolle eine Kommission wählen, welche die Aufgabe hat, auf allen Gebieten der Staatsverwaltung eine Prüfung dahin vorzunehmen, ob und inwieweit eine Vereinfachung und Verbilligung derselben stattfinden kann.“

Der Landtag hat dann eine sehr lebhafte Kommission eingesetzt, bestehend aus den Abgeordneten Hartung, Müller, Schröder, Schmidt, Fied, Tannen,

Trinkt
Bavaria
Gesundheits-Bier

Bavaria u. St. Pauli-Brauerei

ALTONA-HAMBURG, Abteilung Uhlenhorst

Generalvertrieb: Brauhaus Oldenburg, H. Wüchner, Oldenburg i. Oldbg.
Aug. Müller & Co., Varel i. Oldbg. Tel. 421.
Heinrich Hans Gelschläger, Nordenham. Tel. 163.
Hermann Inhlissen, Brake i. Oldbg. Tel. 435.
Hermann Tiedmann, Elsfleth (Weser). Tel. 35.
Johann Heibusch, Schwell. Tel. 28.
Johann Wiese, Kirchbatten.

Johann Pieper, Ovelgönne. Tel. Brake 406.
Erwin Meyer, Bad Zwischenahn. Tel. 219.
Bernhard Lange, Westerstede i. Oldbg. Tel. 220.
Fr. Bahnen, Cloppenburg i. Oldbg. Tel. 267.
August Müller, Vechta i. Oldbg.
Bernh. Bünning, Zetel i. Oldbg. Tel. Neuenburg 216.



3. Beilage

zu Nr. 308 der „Nachrichten für Stadt und Land“ von Sonnabend, dem 12. November 1927

Sensationserfolgeiner Berliner Sängerin in Amerika.



Die berühmte Berliner Opernsängerin **Gretchen Stäudgold** (eine Oldenburgerin aus Nordenham, die auch hier wiederholt mit großem Eindruck auftrat) hatte bei ihrem ersten Auftreten an der Metropolitan Opera als Eva in den „Meisterfingern“ einen Erfolg wie selten eine Künstlerin bei Presse und Publikum erzielt.

Platzmusik.

Wohltätigkeitskonzert im Schloßgarten.

Morgen, Sonntag, mittags von 12-13 Uhr, findet die Platzmusik, ausgeführt von dem Musikcorps des 3. (Oldb.) Bataillons, 16. Inf.-Regiment, Leitung: Obermusikmeister Jung, zum Besten der kriegsbedingten Hinterbliebenen, Witwen und Waisen im Schloßgarten statt. Eintritt pro Person 50 Hfa. — Musikleiter: A. Grief des Regiments, Marsch von Steinbeck; 2. Ouvertüre zur Oper „Mignon“ von Thomas; 3. Szenen aus der Oper „Der fliegende Holländer“ von Wagner; 4. Fantasie über das Göttingische Lied „Alle Tage ist kein Sonntag“ von Rudinow; 5. Wiener Walz, Walzer von Strauß; 6a. Weisoboden, Charakter-Marsch von Rodert; 6b. Seeresmarsch II 264 (Mit Bomben und Granaten) von Bilse.

Landestheater.

Das Landestheater schreibt uns:

„Das Spiel mit dem Feuer.“

Das Schauspiel „Das Spiel mit dem Feuer“ von Hans Sturm, das heute, Sonnabend, abends 7.30 Uhr, unter der Regie von Herrn Ziffert viele zum ersten Male in Szene geht, hat folgende Besetzung gefunden: Dr. Knoch: Oskar Nitschke; Frau Elie Berg: Margarete Nie; Professor Robert Kallweit: Curt Ziehe; Frau Käthe Kallweit: Maria Martinien; Otto, Diener: Johannes Braun; Anna, Zofe: Wilma Sax. Ende der Vorstellung gegen 9.30 Uhr. Preise 11 (40. Archivvorstellung).

Cinematographische Gesellschaft Hanna Göring.

Die vorjährige dramatische Sängerin und Operettensängerin des Landestheaters, Hanna Göring, gibt morgen, Sonntag, abends 7.15 Uhr, ein einmaliges Schauspiel in der großen Tanzrevue „Die Zirkuspriesterin“ von Emmerich Kallman. Die Kartenansätze zu dieser Vorstellung ist für sämtliche Platzgänger überaus rasch, so daß die bestbesetzte Kasse bei ihrem Wiederbesuch mit dem Oldenburger Publikum die Begrüßung eines vollen Hauses wird entgegennehmen können.

Arnold Mendelssohn.

Die Aufführung zweier Kantaten von Arnold Mendelssohn durch den Vokalverein am Musiktag in der Lambertikirche läßt sich erwähnen, etwas, was über den in Oldenburg noch wenig bekannten Meister zu erfahren. Wir bringen hier eine kurze Würdigung aus der Feder eines seiner Freunde, des Geh. Rat Dr. Dr. Emend, Münster.

Arnold Mendelssohn wurde in Ratibor am 26. Dezember 1855 geboren. Er ist ein Großneffe von Felix Mendelssohn-Bartholdy, war zuerst Jurist, wurde dann Musiker und (in Berlin) Schüler von Ed. Grien, Haupt und Hof, 1880 Organist und akademischer Musiklehrer in Bonn, 1883 Musikdirektor in Bielefeld, 1885 Lehrer am Konservatorium in Köln, 1890 Kirchenmusikdirektor und Professor in Darmstadt, wo er noch heute lebt. — Mendelssohn ist weiteren Kreisen bekannt geworden als Wiederbeleber der Tonkunst von Heinrich Schütz (1627), dessen drei Passionen er für den praktischen Gebrauch herausgab. Die Zahl und Verschiedenheit seiner eigenen Schöpfungen ist recht beträchtlich. Opern und größere weltliche Chorwerke, Lieder und Kammermusik schenken ihm weltweit einen geachteten Namen. Aber Gabe und Reifeung wiesen ihn schon früh (Abenddante 1881) auf das Feld evangelischer Kirchenmusik auf, dem er heute in Deutschland unbestritten die erste Stelle einnimmt, ja, dem er die sein andrer unter den Lebenden zu neuem Wissen und Erkenntnis hat beigetragen. Seine unverwundlichen Orgelpraktiken, seine Choralparaphrasen, seine wunderbaren Psalmen, Kantaten, sonstigen kirchlichen Chormusik und Solosongs, zuletzt die im letzten Jahr Domanechor gewidmeten Festmessen, werden auf lange hinaus zu den wertvollsten Bestandteilen unserer musikalischen Kultur zählen. Sein tiefes, erhellendes, überaus reichhaltiges, vornehmlich deutsches Gesangsbuch „Choralbuch zum allgemeinen deutschen Gesangbuch“, eine Meisterleistung vornehmlich Mannes, wird wohl mit der Druckzahl 100 hinausgehen.

Was die Eigenart der Kirchenmusik A. Mendelssohns ausmacht, ist neben unüberwindlichen Einflüssen von S. Schütz und J. S. Bach ein ganz persönliches Element moderner, nicht modernistischer Art. Tiefere Frömmigkeit und herbe Mannhaftigkeit finden in geläuterten, sinnigen, herrlichen Weisen ihre harmonische Gestaltung. Die Zuhörerwelt und das klassische Lied der evangelischen Kirche bieten ihm zu allem die will-

kommensten Textgrundlagen und den nach seiner Meinung unüberwindlichen Anhalt. Kein Wunder, daß er sich veranlaßt sah, zuversichtlich „Aus tiefen Not“ mit seinen wunderbaren physischen Melodie (Bittberg 1924) und das lebhaft bekühnende „Auf meinen lieben Gott“ (Bittberg und Krieger 1907) uns durch künstlerische Vertiefung noch teurer zu machen. — Seit geraumer Zeit hat Mendelssohn auch in lebendiger Liebe viele in eindrucksvollem Schaffens seine künstlerischen Anschauungen und Absichten dargelegt. Künstler wie Reinhard Oppel, Edwin Gündler, Paul Hindemith, Günther Raschel und Kurt Thomas sind seine ihm in Ehrfurcht ererbten Schüler. Die theologische Fakultät in Gießen und die philosophische Fakultät in Tübingen haben durch Verleihung des doppelten Dokortitels honoris causa an Arnold Mendelssohn sich selber geehrt.

Die Inbetriebnahme der Cäcilienbrücke.

Die Einweihung dieses wichtigen Bauwerkes bedeutet so ziemlich das Ende der Kanalarbeiten auf der Straße Oldenburg-Kampe und mahnt daran, daß der Küstentunnel in nicht zu langer Zeit fertiggestellt sein wird. Man rechnet nach Herstellung der Verbindung mit dem Dortmund-Ems-Kanal mit einem 2000 000 (2 Millionen)-Tonnenverkehr, der allerdings einen großen Teil zur See weitergehen wird. Ein erheblicher Teil dieses Verkehrs wird aber für das Oldenburger Land selbst sein und deshalb in Oldenburg bleiben. Der Hafen Oldenburg ist aber für einen stärkeren Verkehr gar nicht gerüstet. Man hätte bisher auch nichts davon, daß seitens der Stadtverwaltung irgend etwas getan wird, um die durch den Kanal gegebenen neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten auszunutzen. Wir denken dabei daran, daß in anderen Städten der Verkehr sämtlich bestehen, mindestens aber Verkehrsvereine, bzw. Industrie- und Verkehrsämter. So etwas ist in Oldenburg noch nicht vorhanden. Eine solche Stelle hätte die Aufgabe, geeignete Industrien auf die Niederlassungsmöglichkeiten an dem neuen Wasserwege und in Frage kommende Schiffahrtsgesellschaften auf den neuen Verkehrsverhältnisse aufmerksam zu machen. Ein leistungsfähiger Oldenburger Hafen hätte die Aufgabe, als Verteiler aller auf dem Kanal ankommenden und für das Land bestimmten Waren zu dienen. Dieser Aufgabe ist der jetzige Hafen, auch wenn der Verkehr nicht gleich in dem erwarteten Maße ansteigt, nicht gewachsen. Es müßten also noch neue Hafenanlagen geschaffen werden. Dabei werden andere Fragen auftauchen, vor allem die, „wo soll der neue Hafen liegen?“ Auch die Verlegung der Eisenbahnbrücke bzw. ihre Überlegung kann unmöglich noch Jahrzehnte hinausgeschoben werden.

Hengstföhrungen 1928.

In der am Freitagmittag in Oldenburg stattgefundenen Generalversammlung des Vereins der Oldenburger Hengsthalter wurden für die Hengstföhrungen 1928 folgende Tage festgelegt: Für Oldenburg der 6., 7. und 8. Februar 1928; für Westia der 31. Januar 1928; für Estin der 2. Februar 1928. Näherer Bericht über die Versammlung folgt.

Kampf gegen die Wassersnot in der Jademarsch.

Im September d. J. sind zwei Entwässerungsanlagen, eine bei Norderschwierburg und eine andere bei Seefeld, in Betrieb genommen worden. Man erhofft von diesen Pumpanlagen eine erhebliche Verbesserung in der Entwässerung der Jade- und der Wiermarsch. Es ist bekannt, daß besonders das Gebiet der Jade-Warper Sielacht, und zwar die Gegenden um Norderschwierburg, Angulshausen, Seefeld, Neitland und Seefeld-Waldbusch unter zu großer Last leidet. Eine radikale Lösung durch Anlage eines Kanalnetzes auf der Westia entlang, der das von der Seefeld kommende Wasser abfangen könnte, verbietet sich bis jetzt durch die hohen Kosten. Man müßte sich zunächst mit einer Teillösung begnügen und sich zunächst ein Gebiet von etwa 1400 Hektar innerhalb der Gemeinden Schwieburg und Seefeld entwässern. Bei Norderschwierburg ist ein elektrisches Pumpwerk angelegt worden, durch das das Wasser in das Binnengewässer des Seefelds geleitet werden soll. Ein weiteres Pumpwerk ist im Seefeld selbst angelegt worden. Hier wird das Wasser in das Becken Seel mittels eines Motors von 25 H.P. gepumpt. Die Seefeld-Pumpe kann bis zu 100 000 Liter Wasser an einem Tage bewältigen. Das soll genügen, um bei stärkerem Regen das Wasser an einem Tage zu beseitigen. Die Pumpen haben sich sehr zufriedenstellend gearbeitet. Es ist leicht auszurechnen, welchen großen Wert solche Entwässerungsanlagen haben, wenn man sich vergegenwärtigt, daß z. B. durch den Aufstauender Entwässerungskanal das Marschenland um das Dreifache im Werte stieg.

Polizei-Tagesbericht vom 10. November.

Geschehen wurden: 1. In der Nacht vom 8. zum 9. Nov. mittels Einsteigens einen Mann in der Alexanderstraße 500 Zigaretten, 3 Flaschen Getränke und aus einem Bajazzo-Apparat etwa 8 Min.; 2. am 9. Nov. vor einem Hause in der Georgerstraße ein Verbrechen, das, das, Nr. 5753, gelbe elche, niedrige Rahmen; 3. in der Nacht vom 8. zum 9. Nov. wurden einem Anwohner der Donnerstauer Straße von einem Hunde zwei Hühner zerrissen.

Wegen Trunkenheit und Obdachlosigkeit wurden zwei Personen in Schutzhaft genommen. Am 9. November brach in dem neubauten Gebäude der Verlehrsstraße am Wallgraben ein Feuer aus, das von der Feuerwehr mittels Handpumpe gelöscht wurde. Am 9. November ereignete sich vor dem Hauptpostamt ein Unfall. Ein Radfahrer wurde von einem Kraftwagen gestreift und das Fahrrad dabei beschädigt. Personen sind nicht verletzt worden.

Gesunden wurden: Am 9. November vor dem Bassi-Zirkus ein fast neues Herrenfahrrad, Marke „A. S. L.“ (Weil); am 8. November auf dem Spielplatz der Stadtmädchenschule in der Brüderstraße ein Herrenfahrrad, Marke „Wittels“.

Zu den Angestelltenversicherungen.

Wie geht die Wahl vor sich? — Die ersten Ergebnisse. In den nächsten Tagen sind die Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung zu wählen. Die Bedeutung dieser Wahlen, bei denen sich die Vertreter und die Gegner einer selbstständigen Angestelltenversicherung gegenüberstehen, lassen es geboten erscheinen, einiges zu ihrer Durchführung zu sagen, zumal hierüber vielfach Unklarheiten bestehen. Das Wahlgerecht kann nur gegen Ausweis ausgestellt werden; das ist für die Arbeitgeber von versicherten Angestellten eine Bescheinigung ihrer Gemeindebehörde und für die versicherten Angestellten die Versicherungskarte bzw. bei Mitgliedern von Erwerbslosen eine Bescheinigung der Erwerbslosenkasse. Es muß mindestens ein Beitrag in den letzten zwölf Monaten vor der Wahl bezahlt sein.

Die Wahl findet für Arbeitgeber und für die versicherten Angestellten getrennt statt. Es kann nur für unabgeänderte Vorstandslisten gestimmt werden. Im Gegensatz zu den politischen Wahlen finden keine amtlichen Stimmzettelverteilung. Sie sind von den Verbänden und Vereinigungen, die Vorstandslisten eingereicht haben, herzustellen und den Wählern auszuliefern. Die Stimmabgabe kann nur in dem Stimmbezirk erfolgen, in dem der Wähler wohnt.

Die neue Bundeskapelle des Oldenburger Kriegerbundes

unter Leitung des Bundesmusikmeisters Wille gab gestern ihr erstes großes Konzert im „Ziegelhof“ und führte sich damit glänzend ein. Die Kapelle verfügt über treffliche Kräfte, und in der musikalischen Zucht des Herrn Wille und unter seiner aufwühlenden und doch scharf organisierten Leitung leistete sie gestern Ausgezeichnetes und wird bei weiteren Einspielen das Schöne erwarten lassen.

Gestern Abend sah sie den Ziegelhof gefüllt vor sich und konnte die Gesellschaft mit einem glänzenden Programm erfreuen, das sowohl in der Herrschaft als auch in der Ausführung erfüllt die Besucher hinst. Vor allem durch den Schmel ihrer Märsche, so daß die Kapelle einen Zugabe oder Einlage nach der anderen spielen mußte. Die neue Kapelle wird hier Arbeit und Verdienstmöglichkeiten genug finden, namentlich unter dem Gesichtspunkt ihrer guten Leistungen, die gestern Abend die Besucher lebhaft erfreuten.

Der Präsident des Oldenburger Kriegerbundes, Generalstaatsanwalt Niesbieder, nahm gleich zu Anfang das Wort zu etwa folgenden Ausführungen:

Schon in den letzten Jahren trat mehr und mehr das Bedürfnis hervor, für den Oldenburger Kriegerbund eine eigene Kapelle zu besitzen. Langwierige Verhandlungen wurden gepflogen. Aber dank den Bemühungen des Vorsitzenden des Kriegerverbandes, Herrn Ziffert, und besonders des Herrn Ziffert kamen sie schließlich zum Abschluß. Die Kapelle setzt sich zusammen aus Berufsmusikern und Militärgliedern der Organisation ehemaliger Militärkapellen. Kapellmeister ist Herr Wille. Ich möchte die dem Amtverband angeschlossenen Vereine bitten, die Kapelle nun auch nach Kräften zu unterstützen und bei ihren feierlichen Veranstaltungen von ihr Gebrauch zu machen. Das ist nicht nur Ehrenpflicht, sondern auch materielle Pflicht. Wenn es der Kapelle gut geht, haben Sie selbst Nutzen davon. Aber auch die benachbarten Verbände bitte ich, die Kapelle zu benutzen, ja, die Vereine des Oldenburger Kriegerbundes überhaupt. Nur dann kann sie bestehen, nur dann kann sie gedeihen. Zur Musikern zugewendet, sagte er etwa folgendes: Ich hoffe und wünsche, daß Ihre Arbeit, die ja auf Pflege der Kameradschaft aufbaut, von Erfolg gekrönt sei und von der breiten Öffentlichkeit anerkannt wird. Und Sie, Herr Kapellmeister, ernehme ich hiermit offiziell zum Bundesmusikmeister des Oldenburger Kriegerbundes. Sie haben mit Ihrer Kapelle heute ja bereits eine vorzügliche Probe Ihres Könnens vor der Öffentlichkeit abgelegt. Ich wünsche Ihnen Glück und Erfolg für Ihre zukünftige Arbeit. (Beifall).

Herr Ziffert dankte allen Erschienenen, dem Präsidenten Niesbieder und der Kapelle, und wünschte ihr eine gute Zukunft und die Aufrechterhaltung eines kameradschaftlichen Verhältnisses. Redner forderte auf, nach dem Konzert zu einem Tanzkränzchen zusammen zu bleiben, was sich die meisten nicht zweimal sagen ließen. So erhielt der Konzertabend einen erfreulichen Abschluß, den Herr Hummel durch humorvolle Erinnerungen aus Alt-Oldenburg frisch belebte.

Benutzung der Kirchenstühle.

Die Kirchenräte sind erneut darauf hingewiesen worden, daß die Kirchenstühle, die von den Berechtigten bis zu einem bestimmten Zeitpunkt während des Gottesdienstes nicht in Benutzung genommen werden, für diesen Gottesdienst der allgemeinen Benutzung anheimfallen. Als maßgebenden Zeitpunkt kann der Kirchenrat den Beginn des Vorspiels auf der Orgel bestimmen. Dies empfiehlt sich jedenfalls für Festgottesdienste und besondere kirchliche Feiern, z. B. Konfirmationen.

Neue Fischerei in Nordenham?

Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Dampfschiff-Gesellschaft Nordsee in Nordenham in letzter Zeit erheblichen Einfluß auf die Hochseefischerei-M.G. in Bremen und Bremerhaven gewonnen hat, verläutet, daß die Hochseefischerei Bremerhaven ihre Betriebe nach Nordenham verlegen werde. Aus zuverlässiger Quelle wird dazu erklärt, daß ein definitiver Beschluß über die Sitzverlegung noch nicht gefaßt worden ist. Vorläufig soll eine Verlegung der Betriebe nach Nordenham nicht in Frage kommen. Diese Ansicht klingt zu 75 Prozent nach einer Befragung der Gerichte.

Das ideale
Saxin Abführ-Konfekt

Stimmen aus dem Leserkreise

Für den Inhalt des Sprechsaßes übernimmt die Schriftleitung den Lesern gegenüber keine Verantwortung. Zuschriften ohne deutliche Namensunterchrift und Wohnungsangabe werden nicht geprüft. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beifügt ist. Gründe für die Ablehnung eines Eingefassten werden nicht angegeben.

Zu den Handelskammerwahlen.

Stadt und Amt Dönnberg haben nur für den Einzeihandel zwei Vertreter zu wählen. Die Stadt Dönnberg hat ca. 50 000 Einwohner und einige hundert Kaufleute, die Einzelhändler sind. Aus kommt das Amt noch hinzu mit mindestens 60 Einzelhändlern. Da es ist doch ganz unverhältnißlich, daß eine große Zahl Kaufleute für zwei Vertreter haben soll. Deshalb ist es, wie die Städte Dönnberg und Dönnberg, damit eine neue Verordnung herbeigeführt wird, die für Stadt und Amt Dönnberg mindestens vier Einzelhändler vorsieht. Der Einzelhandel muß in der Handelsstammer folgende Gruppen vertreten: Kolonialwaren, Textilwaren, Eisenwaren, Bauwaren, Holz, es, und Jagartenhandel, Kautschukwaren, Bauwaren, Wein, Weinhandels und verschiedene andere Kleinhandelsgruppen.

*

Die Wahlen der Vertrauensmänner zur Angestellten-
versicherung

Am Sonntag für Stadt und Amt Edenborn stattf. Die Bahnen haben für die Versicherten eine besondere Bedeutung. Dasselbe es sich doch darum, ob die bisherige Wirtschaft in der Angestelltenversicherung zum Nachteil der Versicherten weiter betrieben werden oder wirksamer sozialpolitischer Fortschritt Geltung finden soll. Die Angestelltenversicherung, bei ihren zu den Leistungen viel zu hohen Beiträgen, verfallt zurzeit über ein Vermögen nach der Anstellung von über 6000000 Mark als Reserve. Dabei werden durchgehende Verbesserungen der Leistungen angedacht. Von den Beiträgen auf Selbstverfahren werden nur 1/3000000 Mark in Vordrängen auf Selbstverfahren verwandt, während die übrigen durchgeführt. Ein Vordrang, die von den Vertrauensärzten bescheinigten Selbstverfahren obligatorisch zu machen, ist gleichfalls der Ablehnung verfallen. Dabei kostet das Selbstverfahren noch nicht die Hälfte der aufzunehmenden Zinsen! Eine der dringendsten Forderungen neben der Erhöhung der Renten ist die Herabsetzung der Beiträge auf 60 Jahre. Die Forderung ist im im. h. noch ungeduldet, als ältere Angestellte bei der Kapitalrückzahlung mehr zum Abbau kommen, und neue Stellung nicht finden können. Die von uns genannten unangehören Referenden werden in ganz unsozialer Weise verworfen. Statt billige Darlehen für den Wohnungsbau für die Versicherten, fließen die Darlehen der Landwirtschaft und der Industrie zu, während die für den Wohnungsbau im Lande benötigten Mittel lediglich geringe Summen ausmachen. Die Forderungen der Angestelltenversicherung sind aber nur deshalb, weil der Bau der Arbeiterwohnungen durch die Reichsverband bei jeder Forderung, fortgeschrittenen Forderung versagt, obwohl er im Direktorium bisher dominiert ist. Diese Kreise haben die Angestellten vor dem großen Gedanken einer Vereinheitlichung der gesamten Sozialversicherung bangen zu machen versucht, obwohl es selbstverständlich ist, daß bei Zusammenlegung von Versicherungsweisen die besseren Bestimmungen, also auch die Vorschläge der Angestelltenverbände, in der Regel durchzusetzen werden können. Die Vorkämpfer der freien Angestelltenverbände aufgeben Vertreter, die im Sinne der hier aufgestellten Forderungen auftreten werden.

Ein Stehlinnwege.

Mit der Auffstellung eines Schalterhäuschens, für Licht und Strom auf dem Fußsteig der Heiligengeiststraße, gegenüber dem Bodelschneiders Kaufhaus, ist an einer äußerst verkehrsreichen Stelle für die Fußgänger eine Verbindung geschaffen worden, die den Verkehr zwischen den beiden Schaufenstern allgemein erleichtert. Auch die mit dem Haus verbundenen Treppenhäuser sind nicht ausbleiben würden, das Häuschen auf der Spitze mit einem Rampen versehen, um die Fußgänger auf das Sondern im Dunkeln aufmerksamer zu machen, so ist das gewiß freudig begrüßt worden, räumlich, naturgemäß, aber auch in der Sache. Schalterhäuschen, räumlich einfließen, ist, wenn auch in unmittelbarer Nähe des letzten, zu wählen.

Radfahrer

beachten es nicht, daß das Fahren mit Fahrrädern auf dem Fußwege an der westlichen Seite der Alexandersaulle bis zur Alexanderheide verboten ist. Es ist dort zwar ein Schild angebracht, trotzdem wird immer wieder gegen das Verbot verstoßen. Ebenso muß bemängelt werden, daß die Motorräder oft in schnellem Tempo auf den Reitwegen fahren. Die Ordnungspolizei sollte dort einmal nach dem Rechten sehen.

Giner för viele.

Gedanken über die geplante Steuererhöhung.

Es ist in einem christlichen Menschsein nicht aufzufassen, daß ein Teil der Bevölkerung, der es sehr ernstlich angeht, auf Kosten des anderen Teiles, d. h. Verzehnten, die durch die Staatsumwälzung die Expropriation ihrer ganzen Lebensarbeit verloren haben und sich jetzt höchst jämmerlich durchschlagen müssen, zu besserer Lebensunterhaltung gebracht werden soll. Das ist ungeteilt und verwerflich und darf nicht zum allgemeinen Erdboden werden. Jedes Kind würde wohl Empörung sich erheben, wenn ich ihm folgendes erzählte: Menschen, die sich für einen christlichen Staat einsetzen wollen, die ihn wollen besser leben und doch selbst sollen die Verarmten, die Verflohenen, die jetzt Fahren schon entbehren und kaum das Nötigste zum Leben in dieser feuren Zeit haben, noch mehr enteignet, noch mehr Mangel leiden. Das ist doch Unvernunft; man kann ein solches Gesetz nicht verstehen. Alles, was dieses Gesetz aus dem verarmten Bevölkerungsteil herausholt, kommt aus einem Meer von Tränen, Not, und wenn der Vogen zu Trauf gelangt wird, aus Groll und maßloser Empörung. Ein solches Gesetz ist in einem Reichstaat es mir nicht ferlig, solches Brot zu essen? Ich selber betenne nicht, daß ich es wüßte.“ „Woher geraten wir? Diese Gehalts-erhöhungsforderung wird nicht die letzte sein. Immer in kleinen Etappen geht es bis ins Unerlöse. Stehe ich mit meiner Ansicht ganz allein? Es liegt da nur eine Stimme es gewagt, zu protestieren. Gegen das Gesetz protestiere ich nicht, aber die Ausführung muß völlig umgestaltet werden. Man erhebe die Steuern, aber nicht vom Hunger und der Not der Verflohenen, sondern von den Reichen. Die Reichen sind die einzigen, die in diesem sozialistischen Staat Steuern einzahlen, oder sehr ermäßigt. So schließt Ansehen nichts, so wird nicht christlich-sozial behandelt. Wir dürfen schon seit Jahren, Die Arbeitslose mit ihrer Lebensdeuse haben uns vieles gelebt. Nur, wer in der harten Schule war, denkt auch an andere, leidet mit seinen Mitbürgern, vergleicht sich mit anderen und wartet mit den Forderungen des lieben Volkes. Wir müssen uns alles versagen — und die Schwenden? Niemand hat größere Liebe, denn daß sie ihren Weg haben. Eine Freundin hat mich einmal bei der Verarmung gesagt: „Wer nach rechts ist, ist ein Sozialist!“ Ich habe diesen christlichen Sinne der beträgt den Heilandssinn: Folge mir nach!“

Ein Nebelstand am Marsdenweg

es, daß sich an beiden Enden desseben Zugstrangs befinden. Geßtrich ist besonders die Stelle zwischen dem Rüsterbaum etwa in Höhe der Garteinfriede, an der ein Zugstrang herbeispringt, ohne eingeklebt zu sein, was bei der jetzt noch mangelhaften Straßenbedeckung dringend erforderlich ist, wenn ortsunfähige Passanten nicht direkt in den Graben hineintreten sollen. Bei dem oben folgenden Versteß, den der letzte Zugstrang wieder bezieht, wäre es zu begrüßen, wenn man sich nicht auf die Versteßung beschränkt, sondern auch die Gräben durch Unterführungen miteinander verbindet. Würde, falls der Marweg tatsächlich als eine Zufuhrlinie gelten soll, wird hoffentlich noch vor diesem Winter der zum Teil gepflasterte Fußweg weiter durchgeführt.

Ein Ausfühler.

Unhaltbare Zustände am Mittelweg und an der
Eupener Straße in Bürgerfelde.

Nicht einmal die Fühwege sind bei der jetzigen Blüthenzeit
passierbar, und die zeitig einsetzende Dürreheit läßt manchen
Anwohner nur unter Lebensgefahr nach Hause gelangen, weil
der scharfe Fühpfad feststeht, nach dem tiefen Graben zu,
durch den vielen Regen so sehr abgewaschen ist, daß man
nur an die Wände kammern muß, um nicht abzufallen.
Der scharfe Fühpfad ist so sehr abgewaschen, daß man
Handwerker, die sich an bestimmten Aufstiegen gehend,
hoch in, zum Stiegenabiege gehenden Straßen, die weder
Verbindung noch Pfaster kennen, wird häufige Abfälle für drin-
gend erforderlich gehalten. Einige Lampen, wie am Absteigen-
enden, werden durch die große Hitze sehr heiß.
Elektrischer Anstoß ist vorhanden. Um schnelle Ab-
fälle wird dringend gebeten. Mehrere Anwohner.

verpflichtet!

Im Jahre 1925 befruchtete meine Frau neun Wochen lang ein Unkraut-Wädchen, das keine Inzuchtensarte besaß, obgleich ich schon vorherholt in Stellung gewesen war. Schon bei der Vorstellung äußerte die Mutter dieses Mädchens, daß ihre Tochter keine Inzuchtensarte benötige. Auf Grund meiner Kenntnisse des Inzuchtensicherungsgesetzes war ich jedoch anderer Meinung und ließ dem Mädchen eine Karte anstellen, die ihm von meiner Frau bei ihrem Abgang mit der Inzuchtensarte mitgenommen wurde. Einmal wurde ich angefordert, an die Inzuchtensicherungsanstalt neun Karten zu beibringen, da die anlässlich der Beltrags-

nicht nicht nachgegeben wäre. Ich legte darauf den Schlüssel
 die Sache dar. Selbst als ich einen Zeugen anbot, der die
 Karte und die Karten für das Mädchen geholt hätte, der mich
 mit sehr Glauben gekleidet, weil das Mädchen behauptet habe
 eine Karte erhalten zu haben, und weil ich keinen Zeugen
 für die Auslieferung der Karte an das Mädchen beibringen
 konnte. Ich wollte die Angelegenheit bis zur höchsten Instanz
 hinaufziehen und bezahlte ich schließlich den Betrag im Entbren
 1926, als mir der Polizeibeamte, der mich ermittelte, er
 mußte, dieses annehmen. Ich freue mich, daß ich mir die
 Bezahlung von diesem Beamten habe beschreiben lassen, doch
 heute, seitdem der Betrag schon seit einem Jahre bezahlt ist,
 kommt der Polizeibeamte nochmals und will die Beitragskarte
 nochmals bezahlt haben. Durch die Erhöhung der Beitragska
 rt für den Betrag um das Dreifache angezwungen. Um sich der
 Zahlung zu entziehen, habe ich mich gezwungen gesehen, zu
 behaupten, daß sich die Auslieferung der ordnungsgemäße
 Invalidentaxe beschreiben läßt. Weniger bin ich mir
 der Betrag um im nächsten Herbst nochmals bei mir an
 gefordert wird.

Eine höfliche Anfrage an die Eisenbahndirektion Oldenburg

Mehrere Anwohner von Osenerdief und Umgegend würden es sehr begrüßen, daß in den Wintermonaten von Osdenburg nach Osenerdief oder eventuell bis Rafeste ein Frießwagen um 18 Uhr eingestiegt würde. Da um diese Zeit auch ein Güterzug fährt, wäre die Möglichkeit vielleicht gegeben, an diesen Güterzug ein oder zwei Personenwagen anzuschließen. Leider ist es bis jetzt noch nicht möglich, in der Zeit von 14.30 bis 19.30 Uhr eine Verbindung nach dort zu bekommen.

Einer für viele



Wetterbericht der Bremischen Landeswetterwarte.

Dem Norden unteren Cordilieres strömt fortgesetzt kalte Luft nach dem Gellatien, so daß die heisse Luft nach dem Vitorien Gebieten abgedrängt. Dadurch ist die Ausbreitung des kalten Meeres bedenklichen umfangreichen Hochdruckfeldes über Europa hinweg begünstigt. Es erfolgt durch langsame Ausfüllung der noch hier ägäischen Tiefdruckbildungen, wobei mehrfach Eingrabenfreitellen südwärts wandern. Durch ein neues, im hohen Norden vorliegendes Tief ist jedoch der weitere Nachschub von Polarluft abgelenkt, so daß ein Durchbruch der kalten Luft nach dem Gellatien, so wie im Großbritannien hinweg nicht unmittelbar erfolgt. Die Abkühlung der Meeresfläche wird wahrscheinlich bald von dem Handabnischen Hoch ausgetrieben werden.

Aussichten für den 14. November: Schwache Winde östlicher Richtungen, Neigung zu Nebel und leichtem Frost wahrscheinlich.

Königliche Preussische Maschinen

Westfalia
Melkmaschinen
Separatoren

In der Stadt
Berlin

**Der Westfalia-Melker,
der Westfalia Separator
mußte Ihre Westfalia anbieten!**

fordern die Lieferstellen von
RAMESOHL & SCHMIDT A.G.
Oelde i.W.

Fritz Weiss

Kraftfahrzeug-, Motoren- und Maschinen-Reparaturwerk

OLDENBURG i. O.

Friedrichstraße 4-6 Fernruf 163
Früher Motorenfabrik Keldel

Ausschleifen von Motoryclindern aller Fabrikate und Typen, Automobilen, Motorrädern, Motorpflügen, Freckern, Roböt, Diesel-Bootsmotoren usw. auf modernen Spezialmaschinen.

Anfertigung von Grauguß- und Leichtmetallkolben, sowie aller Ersatzteile

Lager in Kolberngingen, ca. 9000 Stk von 90-125 mm Durchm. und Kolbenbolzen 10-38 mm Durchm., Ventillageln und Federbolzenrohlingen

Besitzung-Verkauf in Rastede

Eine hier mitten im Ort an allerbestier Lage, 2 Minuten vom Bahnhof belegene

Privat-Verfägung

sehr geräum. und in tadellofem Zustande, besteh. Wohnhaus mit Stallung, sehr groß. Hof, u. Gärten, liegt am 1. Wahl t. u. ist frucht. zum Verkauf, auf Bedingungen günstig.

Mathe. Deen, autt. Autt.



Rele Complaitia
4 Dutz. 30
blaue 4 Dutz
12.2 Kanari
m. tiefen bobb
Preislin. fre

Ad. Janson, Darbs H

D-Rad

(Nob. 24 bis 30, 1. vert.)

Aus. füllig,
Reparaturverfäht
Mündenstraße 15

Für das Vieh
nur
NITOL
„**geigen Ungezieferr, zur Desin-**
fektion, zur Reinigung.
Stets gleich gut, ungiftig in der ge-
brauchsfähigen Lösung, nicht ätzend.
Von Landwirtschaftl., Behörden, Tier-
ärzten u. f. h. v. Landwirten anerkannt.
Zu haben in Apotheken, Drogeriehandlungen
und einsch. Geschäften.

(Ein inmitten der Stadt Clobpenburg
an günstiger Lage (Straßenkreuzung) be-
legenes)

Geschäftshaus

haben ich auf längere Jahre unter günstigen
Bedingungen mit sofortigem Eintritt

zu verpachten

Das Objekt besteht aus einer frühmög-
lich freigelegenen Unternehmung, wobei ein-
oder mehrere Räume als Laden sich vor-
züglich eignen. Edobnes Kontor, majestät.
trockenes Lagerhaus, große Kellerräume,
Balkon und Hofraum dazwischen. Es
eignet sich jeder Artigen Sache wegen für
jede Branche. Nachpreis monatl. 100 Rblm.
Interesse wollen sich baldigst an mich wenden.

A. Godeben. Aufz. Clobpenburg.

**Glücklich
ist nur der
gesunde Mensch**

Nicht Reichtümer, machen glücklich,
sondern Gesundheit, deshalb trachte
jeder Mann danach, seine Gesundheit zu erhalten
und achte beizeiten darauf, das das Blut in
richtiger Zusammensetzung ist

Seciferrin

sehr angenehm schmeckend, macht nicht
korpulent, und leistet die hervorragenden
Dienste, indem es das Blut verbessert, den
Appetit hebt und den Körper
widerstandsfähig macht

In Apoth. u. Drogh. Mfr. 1/5, 75, 175, 375, 750, 1500, 3000, 6000, 12000, 24000, 48000, 96000, 192000, 384000, 768000, 1536000, 3072000, 6144000, 12288000, 24576000, 49152000, 98304000, 196608000, 393216000, 786432000, 1572864000, 3145728000, 6291456000, 12582912000, 25165824000, 50331648000, 100663296000, 201326592000, 402653184000, 805306368000, 1610612736000, 3221225472000, 6442450944000, 12884901888000, 25769803776000, 51539607552000, 103079215104000, 206158430208000, 412316860416000, 824633720832000, 1649267441664000, 3298534883328000, 6597069766656000, 13194139533312000, 26388279066624000, 52776558133248000, 105553116266496000, 211106232532992000, 422212465065984000, 844424930131968000, 1688849860263936000, 3377699720527872000, 6755399441055744000, 13510798882111488000, 27021597764222976000, 54043195528445952000, 108086391056891904000, 216172782113783808000, 432345564227567616000, 864691128455135232000, 1729382256910270464000, 3458764513820540928000, 6917529027641081856000, 13835058055282163712000, 27670116110564327424000, 55340232221128654848000, 110680464442257309696000, 221360928884514619392000, 442721857769029238784000, 885443715538058477568000, 1770887431076116955136000, 3541774862152233910272000, 7083549724304467820544000, 14167099448608935641088000, 28334198897217871282176000, 56668397794435742564352000, 113336795588871485128704000, 226673591177742970257408000, 453347182355485940514816000, 906694364710971881029632000, 1813388729421943762059264000, 3626777458843887524118528000, 7253554917687775048237056000, 14507109835375550096474112000, 29014219670751100192948224000, 58028439341502200385896448000, 116056878683004400771792896000, 232113757366008801543585792000, 464227514732017603087171584000, 928455029464035206174343168000, 1856910058928070412348686336000, 3713820117856140824697372672000, 7427640235712281649394745344000, 14855280471424563298789490688000, 29710560942849126597578981376000, 59421121885698253195157962752000, 118842243771396506390315925504000, 237684487542793012780631851008000, 475368975085586025561263702016000, 950737950171172051122527404032000, 1901475900342344102245054808064000, 3802951800684688204490109616128000, 7605903601369376408980219232256000, 15211807202738752817960438464512000, 30423614405477505635920876929024000, 60847228810955011271841753858048000, 121694457621910022543683507716096000, 243388915243820045087367015432192000, 486777830487640090174734030864384000, 973555660975280180349468061728768000, 1947111321950560360698936123457536000, 3894222643901120721397872246915072000, 7788445287802241442795744493830144000, 15576890575604482885591488987660288000, 31153781151208965771182977975320576000, 62307562302417931542365955950641152000, 124615124604835863084731911901282304000, 249230249209671726169463823802564608000, 498460498419343452338927647605129216000, 996920996838686904677855295210258432000, 1993841993677373809355710590420516864000, 3987683987354747618711421180841033728000, 7975367974709495237422842361682067456000, 15950735949418990474845684723364134912000, 31901471898837980949691369446728269824000, 63802943797675961899382738893456539648000, 127605887595351923798765477786913079296000, 255211775190703847597530955573826158592000, 510423550381407695195061911147652317184000, 1020847100762815390390123822295304634368000, 2041694201525630780780247644590609268736000, 4083388403051261561560495289181218537472000, 8166776806102523123120990578362437074944000, 16333553612205046246241981156724874149888000, 32667107224410092492483962313449748299776000, 65334214448820184984967924626899496599552000, 130668428897640369969935849253798993199104000, 261336857795280739939871698507597986398208000, 522673715590561479879743397015195972796416000, 1045347431181122959759486794030391945592832000, 2090694862362245919518973588060783891185664000, 4181389724724491839037947176121567782371328000, 8362779449448983678075894352243135564742656000, 167255588988979673561517887044862711294853120

Astoria-Theater

Heute, Sonnabend, u. Sonntag, den 13. November, ab 4 Uhr nachm.: **Tanz-Teem** mit **Programmeinlagen**
Ab 8 Uhr: **Das hervorragende Großstadtprogramm** mit dem beliebten **Gesellschaftstanz**
Stimmung! **Willi Lillie** * **Pilz** und **Naumann** **Humor!**
Tanz-Humorist Herren-Duett
Im Restaurant: **Großes Künstler-Konzert**

